Ausgabe für Groß-Berlin

10 Pfennig

Deutsche Allgemeine Zeitung

Berlin, 16. November 1926
Dienstag Morgen

Chefredakteur: Dr. Fritz Klein. Schriftleitung und Verlag Berlin SW. 48, Wilhelmstrasse 30—31. Fernsprecher: Amt Hasenheide 5970—5999. Postscheckkonto: Berlin „DAZ" erscheint Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich. Monatl. Bezugspreis 4,35 R-M. in Berlin durch Boten.

Mit den Beilagen:
Welt und Werk * Kraft und Stoff
Wirtschaft und Recht
Weltverkehr * Bild im Bilde

Bank-Conto: Darmstädter und Nationalbank, Depositenkasse Berlin SW. 68, Friedrichstrasse 46. Bei unverschuldeter Nichtlieferung besteht kein Anspruch auf Vergütung. Anzeigenpreis 0,45 R.-M. je 33 mm breite Millimeter-Zeile. :—: :—: Bedarfsanzeigen nach besonderem Tarif. :—: :—:

65. Jahrgang
Nr. 536
16. 11. m

10 Pfennig

Die deutsche Front in Ostoberschlesien

Starke Wahlunterstützung durch polnische Arbeiter und Bauern

os. **Kaokowitz**, 15. 11. (Eigenbericht)

Der überwältigende deutsche Wahlsieg in Ostoberschlesien, der hauptsächlich im Industrie- und Pfleiser Lande errungen worden ist, findet sein Hauptmerkmal darin, daß nicht etwa nur die Einwohner deutscher Zunge, sondern auch die polnisch sprechenden Arbeiter und Bauern ganz überwiegend für die Wiederherstellung deutscher Ordnung und Kultur gestimmt haben.

Der Sieg hat der polnischen Presse vollkommen die Rede verschlagen. In irgendeiner nebensächlichen Rubrik werden die bedeutungsvollen Wahlen kaum noch in der „Polonia" Kattowitz, die in einem übben Krakauer Hetzblatt abgetan, und Korfanty wagt es nicht einmal, mitzuteilen, wieviel Deutsche und wieviel Polen nunmehr die Gesetzliche Vertretung in den ostoberschlesischen Städte und großen Industriegemeinden zu leiten haben werden.

Auf der deutscher Seite wird die außerordentliche Bedeutung dieser Wahlen auch in politischer Hinsicht keineswegs verkannt, aber es herrscht alles andere als Jubel, denn das schwerste Werk bleibt noch zu schaffen übrig: die Anerkennung des deutschen Wahlsieges und aller seiner in einem demokratischen Staate, der Polen doch zu sein vorgibt, unabweisbaren Folgen auch auf der gegnerischen Seite. Deutscherseits wird betont, daß es sich hier nicht um eine wiederholte Volksabstimmung für Deutschland oder Polen gehandelt habe, ja nicht einmal um im eigentlichen Sinne politische Wahlen, sondern darum, den Deutschen das Recht der Mitregierung und auch der Führung der Geschäfte in den Gemeindeverwaltungen mit allen Konsequenzen wiederzugeben.

„Die Deutschen wollen also überall, wo sie die Mehrheit errungen haben, das Amt des Stadtverordnetenvorstehers für sich beanspruchen und in den Bürgermeister in den Ausschüssen gemäß ihrer Stärke beteiligt sein.

Sie wollen aber nicht, wie es die Polen getan haben, zu dem Versuche schreiten, die gegnerischen Parteien von der verantwortlichen Mitarbeit auszuschalten. Sie wollen für Ordnung im Lande Sorge tragen, die Folgen der polnischen Korruption nach Möglichkeit auszugleichen suchen und allen Ernstes den Versuch unternehmen, mit den in bisher polonisierten Magistraten gemeinsam die Geschäfte der Gemeinden zu leiten.

Das große Vertrauen, das die Wähler den Deutschen ausgesprochen haben, darf nicht verscherzt werden, damit es ihnen möglich wird, künftig auch die Mehrheit im Sejm zu erringen und damit die Politik des Landes grundlegend so zu beeinflussen, daß den Deutschen gegenüber das Recht und nichts als das Recht regiert.

Nahezumarkt werden muß, wie der noch überwiegend polnisch zusammengesetzte Sejm sich zu dem Ergebnis der Wahlen stellen wird. Dies muß indes wieder mit dem Mißbrauch der Gewalt auf dem Wege einer korrupten Gesetzesfabrikation gerechnet werden, aber was der Sejm, was die Regierung der Wojewodschaft und die Staatsregierung in Warschau auch tun mögen: Die deutsche Front in Ostoberschlesien ist nicht mehr zu brechen.

Die in den heutigen Vormittagsstunden eingelaufenen Ergebnisse von den gestrigen Gemeindewahlen auch aus den kleineren Ortsplätzen Polnisch-Oberschlesiens lauten durchweg für die deutschen Listen günstig. Es ist auf der ganzen Linie ein großer Sieg der Deutschen erfochten worden, und zwar mit einer

Durchschnittsmehrheit von 60 Prozent.

Ein besonders bezeichnendes Resultat liegt u. a. vor aus der früheren Hochburg des Wojewodschaftsrates Michalski. Hier erhielt die deutsche Wahlgemeinde 8813, die Korfanty-Partei 723, die Nationale Polnische Arbeiterpartei 1194, die Polnische Sozialdemokratische Partei 1450, die Kommunisten 216 und der Polnische Bürgerblock 216 Stimmen. Ein genaueres Ergebnis liegt auch jetzt aus Königshütte vor. Hier erhielten die Deutschen 32 Mandate, die Deutschen Sozialisten sechs Mandate, der polnische Wahlblock elf Mandate und die Kommunisten zwei Mandate. In dem Ort Bismarckhütte erhielten die Deutschen eine Mehrheit von 65 Prozent. Ergebnisse sind bisher noch nicht gemeldet. Nur in einem kleinen Orte wurde die Auszählung seitens der Polen verhindert.

*

Alle Parteien des polnischen Landtags mit Ausnahme der Kommunisten und der Kommunisten nahestehenden Umsturzwilligen Bauernpartei haben einen Dringlichkeitsantrag eingebracht, der bis zum 1. Dezember die Zurückziehung des Presseerlasses, das einstimmige Beurteilung bei der öffentlichen Meinung Polens gefunden hat, fordert. Der Antrag ist zu seiner weiteren Behandlung dem Rechtsausschuß des Landtags überwiesen worden.

Das deutsche Eigentum in Amerika

Washington, 15. 11.

Der Finanzausschuß beginnt heute seine Beratungen des Gesetzentwurfs über die Aufgabe des beschlagnahmten deutschen Eigentums. Es verlautet, daß die Mehrheit prinzipiell für eine Aufgabe sei. Die oppositionellen Kongreßmitglieder sprachen sich weniger gegen eine Aufgabe an sich aus, als für eine Beschränkung der Aufgabe, bis eine Befriedigung der amerikanischen Ansprüche erfolgt ist.

Brüssel, 15. 11. (Sonderdienst der DAZ)

Der Kronprinz und die Kronprinzessin sind Sonnabend in Brüssel nach Paris abgereist, von wo aus sie später nach Cannes weiterfahren werden.

Brand auf einem Königsberger Bahnhof

Königsberg, 15. 11.

Auf dem Gelände des Ostbahnhofs in Königsberg war heute abend aus noch nicht geklärter Ursache die große Schuppenanlage hinter dem Bahnhofsgebäude in Brand geraten, die die Lokomotivwerkstatt, den Lokomotiv- und den Wagenschuppen enthält. Zu die Schuppen aus Brettern bestanden, war der ganze Komplex binnen kurzem ein Flammenmeer. Zwar gelang es, die Lokomotiven bis auf eine und eine Anzahl Personenwagen noch in Sicherheit zu bringen, doch sind 8 bis 10 Wagen dem Feuer zum Opfer gefallen. Die Schuppen brannten binnen einer Stunde vollständig nieder.

Vorzeitige Heimreise der rumänischen Königin

Ein Kabeltelegramm des Königs ruft sie nach Bukarest

New York, 15. 11. (Sonderdienst der DAZ)

Die Königin von Rumänien hat auf ein Kabeltelegramm des Königs ihn die geplante Reise in die südlichen Staaten aufgegeben und wird sich bereits am 1. Dezember, statt, wie geplant, am 24. Dezember, in New York reisen zur Heimreise einschiffen.

In Chicago besuchte die Königin gestern die Synagoge. Juden und den neu erworbenen Gebieten Rumäniens Eingesessenen bei der Synagoge. Die Polizei nahm verschiedene Verhaftungen vor.

Gerüchte über eine rumänische Verfassungsänderung

x. **Bukarest**, 15. 11. (Eigenbericht)

Die durch das schlechte Aussehen des Königs bei der Parlamentseröffnung und durch unvorhergesehene Besuche von Mitgliedern der königlichen Familie hervorgerufenen Gerüchte, die in der Stadt kursieren, finden ihren Niederschlag in einer Meldung der (oppositionell eingestellten) „Politika": Die beiden Kammern würden nach Erfüllung der notwendigen Formalitäten zur „Konstituante" erklärt werden, um das Recht zur Verabredung der Verfassung zu haben. Wahrscheinlich sei die Neuberufung der Thronfolge, die auf die jüngste Prinzessin Ileana und deren Nachkommenschaft übergehen solle. Prinzessin Ileana ist im Jahre 1908 geboren und noch nicht verheiratet. Die Zustimmung aller Parteien zu diesem Plan sei gesichert. Außerdem werde in die für den jetzigen Thronfolger, den fünfzehnjährigen Michael, angesetzte Regentschaft die gegenwärtig in Amerika weilende Königin Marie eintreten.

Die rumänische Presse legt Aeußerungen des italienischen Generalstabschefs Badoglio, die er während seines Besuches in Bessarabien abgab, große Bedeutung bei und erhofft die baldige Ratifizierung des bessarabischen Protokolls durch Italien.

*

In Anbetracht der Eröffnung der ordentlichen Parlamentstagung begannen die deutsche und die ungarische Partei Verhandlungen mit der Regierung, um die Durchführung der ihnen gegebenen für ihre Wahlhilfe zugesagten Versprechungen zu erreichen, die erst zum Teil eingelöst sind. In der rumänischen Presse werden Befürchtungen laut, daß es zur Bildung eines Minderheitsblocks kommen könnte, der sich eventuell ist erfahre, ist der Plan eines solchen Blocks gegenwärtig nicht aktuell, daß würde ein falscher Blick den Oppositionsparteien in ihrem Kampfe gegen die Regierung erwünschtes Agitationsmaterial liefern.

Mussolini und der deutsch-italienische Luftverkehr

W. T. B. meldet:

Wie wir erfahren, hat der italienische Ministerpräsident Mussolini den Direktor der Deutschen Luftbansa Wronsky, in Gegenwart des deutschen Botschafters in Rom, v. Neurath, zu eingehender Besprechung des Zusammenarbeitens von Italiensand und Italien auf dem Luftverkehrsgebiet, insbesondere zwischen der Deutschen Luftbansa und dem Nero Lloyd Italiano, empfangen. Mussolini brachte am Schluß der Besprechung die besten Wünsche für die deutsche Luftbahn zum Ausdruck.

König Albert korrigiert den Marschall Foch

Ein Protestbrief über die Schlacht an der Yser

Brüssel, 15. 11. (Sonderdienst der DAZ)

Der König von Belgien hat an den Marschall Foch den folgenden Brief gerichtet:

„Herr Marschall! Ich habe mit Ueberraschung einen Bericht im „Matin" über eine Unterredung zwischen Ihnen und Herrn Stephan Lauzanne gelesen. Nach diesem Artikel sind Sie der Meinung, daß es im November 1914 meine Absicht gewesen sei, den Rückzug der belgischen Armee zu befehlen, wenn Sie nicht angegriffen hätten. Die Ehre der belgischen Armee verlangt, daß ich diese Version der Dinge ständig nicht unwidersprochen hingehen lasse. Darf ich Ihnen ins Gedächtnis zurückrufen, daß am 16. Oktober, als Sie mich zum ersten Male besuchten, meine Proklamation an die belgische Armee, in der ich jeden, der den Befehl zum Rückzug geben würde, als Verräter hinstellte, schon drei Tage alt war, und daß die Armee schon kurz vor Ihrem Besuch Befehl erhalten hatte, die Linie unter allen Umständen zu halten? Es war bekanntgegeben worden, daß die drastischen Maßnahmen gegen jeden militärischen Befehlshaber ergriffen werden würden, der die Order zum Rückzug gebe, ganz gleich, unter welchen Umständen, und tatsächlich ist ein solcher Befehl auch während des ganzen Verlaufes der Schlacht nicht gegeben worden. Es ist wahr, daß der Chef des Generalstabes am 26. Oktober angesichts der kritischen Lage der Truppen einen Rückzug in eine weniger exponierte Stellung in Erwägung zog, aber Sie werden sich erinnern, daß ich mich diesem Vorhaben widersetzte.

All dies ereignete sich übrigens im Oktober und nicht im November. Was das Schriftstück anbetrifft, das Sie mir nach dem „Matin"-Artikel gelegentlich Ihres Besuches ausgehändigt haben, so erinnere ich mich nicht, dieses empfangen zu haben. Ich bin mir wohl bewußt, wieviel die Sache der Alliierten Ihrer Energie verdankt. Ich weiß auch, daß die Entsendung der Verstärkungen, deren wir so dringend bedurften, auf Ihre nachdrückliche Intervention bei General Joffre zurückzuführen ist. Ich halte es für meine Pflicht, Ihnen erneut unsere Dankbarkeit für Ihre unschätzbare Hilfe bei dieser Gelegenheit auszudrücken. Wenn Sie, Marschall von Frankreich und die Personifizierung der ritterlichen Gesinnung einer Nation, werden gewiß verstehen, daß es meine Pflicht ist, die schwere errungene Reputation meiner Offiziere und Soldaten aufrechtzuerhalten, deren Mut und Ausdauer letzten Endes den glücklichen Verlauf der Yserschlacht gewährleistet hat.

Ich bin, Herr Marschall, usw. gez. Albert."

a. **Paris**, 15. 11. (Eigenbericht)

Zur Erinnerung an den Waffenstillstand hatte der „Matin" vor einigen Tagen eine Unterredung mit dem Marschall Foch veröffentlicht, in der u. a. auch von den Ereignissen der ersten Kriegszeit die Rede war. Foch hatte dabei erzählt, daß er durch sein Eingreifen im November 1914 einen Rückzug der Engländer und Belgier in der Schlacht an der Yser verhindert habe. Er habe damals mit dem englischen Marschall French und mit dem belgischen König eine Zusammenkunft gehabt und habe ihm schriftliche Rückfähe zurückgelassen, in denen Sie den Rückzugsplan aufgegeben worden seien.

Marschall Foch hat die Journalisten, die ihn über diesen Brief des Königs Albert näher befragen wollten, nicht empfangen und bemerkte lediglich, daß er „für den Augenblick" nichts zu sagen habe.

Der politische Vorstoß des Ministers Marin

Zukunftspläne der Rechten

a. **Paris**, 15. 11. (Eigenbericht)

Die Rede des Pensionsministers Marin, über die bereits berichtet worden ist, erregt in der französischen Oeffentlichkeit weiterhin großes Aufsehen und ist auch außenpolitisch nicht ohne Interesse. Marin ist bekanntlich der Führer der „Republikanischen Vereinigung", einer großen rechtsstehenden Parteigruppe, die früher den Kern des Nationalen Blocks bildete und jetzt den zeitweiligen Hauptträger der Regierungsfreiheiten darstellt. Die überraschend scharfen Angriffe, die Marin nun gegen die alte Kartellpolitik und besonders gegen die Radikalen richtete, mit deren Vertreter er im Kabinett Poincaré zusammensitzt, haben auf der linken begreiflicherweise lebhafte Entrüstung erregt und sind in der Zat mit der Politik der nationalen Einigkeit nur schwer in Uebereinstimmung zu bringen. Die Frage ist, ob man in der Rede Marins nur einen Familienzwist innerhalb der Regierungsparteien zu erblicken hat, oder ob im Gegenteil hinter diesem überraschenden Vorstoß bestimmte politische Pläne der Rechten gesucht werden müssen. Es steht nicht an Anzeichen, die auf das letztere hinzuweisen scheinen und die zu der Annahme berechtigen, daß die Rechtsparteien auf einer großen Abrechnung mit den Radikalen und der von ihnen seit den Wahlen 1924 getriebenen Kartellpolitik sich vorbereiten. Die Erfolge der Poincaréschen Finanzverwaltung, deren letzte Auswirkungen sich gewiß noch nicht überblicken lassen, deren bisherige Resultate aber alle Erwartungen übertreffen, haben in der Tat Selbstbewußtsein der Boden für derartige Pläne der Rechten nicht unpünktlich vorbereitet. Der vollkommene Umschwung in den Währungsverhältnissen, der mit dem Erscheinen Poincarés einsetzte, redet eine viel zu deutliche Sprache, als daß sich der Mann auf der Seite der Wirkung entziehen könnte, und die Hilfsbereitschaft der radikalen Führer, die in der Politik Herriots ihren Gipfelpunkt erreichte, wird durch die Entwicklung der Dinge in fast grausamer Weise beleuchtet. Die Radikalen sehen sich augenblicklich infolge dieser Berhältnisse durchaus in eine Verteidigungsstellung gedrängt, wenn die Rede Marins ist zum mindesten ein Beweis dafür, daß man auf der Rechten entschlossen ist, sie diese Tatsache ohne jede Schonung fühlen zu lassen. Es ist bekanntlich der Führer der „Republikanischen Vereinigung", einer großen rechtsstehenden Parteigruppe, die früher den Kern des Nationalen Blocks bildete und jetzt den zeitweiligen Hauptträger der Regierungsfreiheiten darstellt. Die überraschend scharfen Angriffe, die Marin nun gegen die alte Kartellpolitik und besonders gegen die Radikalen richtete, mit deren Vertreter er im Kabinett Poincaré zusammensitzt, haben auf der linken begreiflicherweise lebhafte Entrüstung erregt und sind in der Zat mit der Politik der nationalen Einigkeit nur schwer in Uebereinstimmung zu bringen. Die Frage ist, ob man in der Rede Marins nur einen Familienzwist innerhalb der Regierungsparteien zu erblicken hat, oder ob im Gegenteil hinter diesem überraschenden Vorstoß bestimmte politische Pläne der Rechten gesucht werden müssen. Es steht nicht an Anzeichen, die auf das letztere hinzuweisen scheinen und die zu der Annahme berechtigen, daß die Rechtsparteien zu einer großen Abrechnung mit den Radikalen und der von ihnen seit den Wahlen 1924 getriebenen Kartellpolitik sich vorbereiten. Die Erfolge der Poincaréschen Finanzverwaltung, deren letzte Auswirkungen sich gewiß noch nicht überblicken lassen, deren bisherige Resultate aber alle Erwartungen übertreffen, haben in der Tat Selbstbewußtsein den Boden für derartige Pläne der Rechten nicht unpünktlich vorbereitet. Der vollkommene Umschwung in den Währungsverhältnissen, der mit dem Erscheinen Poincarés einsetzte, redet eine viel zu deutliche Sprache, als daß sich der Mann auf der Seite der Wirkung entziehen könnte, und die Hilfsbereitschaft der radikalen Führer, die in der Politik

Eigener Nachrichtendienst und „London Times News Service"

Entscheidung im Bergarbeiterstreik

Das Weitrennen nach dem täglichen Brot

ex. **London**, 15. 11. (Eigenbericht)

Die Abstimmungen in den Bergarbeiterbezirken über die Annahme der Regierungsbedingungen haben bereits begonnen. Der Exekutivrat für den Bezirk Südwales hat der Annahme zugestimmt. Die Entscheidung ist um so wichtiger, als die Bezirksdelegierten von Südwales am Sonnabend in London gegen die Annahme gestimmt haben. Das Ergebnis der Abstimmung in Südwales steht allerdings noch aus. Die bisherigen Teilresultate sind für Annahme. Für Annahme haben ferner gestimmt: die Bezirke Warwickshire und Yorkshire. In Nottingham, das in der vorigen Woche fast kapituliert hat, sind morgen bereits Verhandlungen mit den Unternehmern statt.

Das bevorstehende sichere Ende wirkt sich in einer vermehrten Rückkehr zur Arbeit aus. Da auf jeden Fall rund 300 000 Bergarbeiter nicht wiedereingestellt werden, versuchen die Leute, sich ihre Existenzen rechtzeitig zu sichern. Heute sind mehr als 336 000 Arbeiter in den Gruben.

Die Lage stärkt die Position der Unternehmer, die gar kein Interesse an Distriktabmachungen haben. Die Gruben erklären, daß sich nach wie vor jedem Arbeiter freistehe, zu den in den Unternehmern angeschlagenen Bedingungen die Arbeit wieder aufzunehmen. Da diese Bedingungen nicht gegen den sogenannten Handbortrag des Bahnrichterschen Entwurfs verstoßen, ist es für die lokalen Gewerkschaften auch nicht möglich, an das versprochene Schiedsrichtertum zu appellieren, das keine Zustandsfrist in der Frage der Arbeitszeit hat.

Riga, 15. 11. (Sonderdienst der DAZ)

Der Rote Gewerkschaftskongreß hat dem englischen Streikfonds eine weitere Rate von 50 000 Rubeln überwiesen.

Der Aufruhr in Java niedergeschlagen

Haag, 15. 11. (Sonderdienst der DAZ)

Nach den letzten Nachrichten aus Java sind Repressalien die Herren der Lage. Am gefährdetsten Stellen wurde die Bewegung durch die starken Militär- und Polizeitreitkräfte im Keime erstickt. Zum Feldschlagen des Aufstandes trug zu Tatsache bei, daß der holländische Regierungsvertreter in Pekalongan am 11. November an einem abgefangenen Chiffrebrief Kenntnis von der Bewegung für den 13. November erhielt. Die Verschwörer leisten jetzt gegen die in verschiedene Teile des Landes entsandten kleinen Militärabteilungen keinen Widerstand mehr. Nur in Peirtam ist es zu einem Zusammenstoß, bei dem vier Kommunisten getötet wurden.

Räuberkrieg in Illinois

New York, 15. 11. (Sonderdienst der DAZ)

Der Bürgermeister von Berrin hat den powerner von Illinois gebeten, in Südillinois ein militärisches Standgericht zu errichten, um in den Räuberbanden fertig zu werden, die unter ihnen vorgeschrieben Krieg entfesselt haben. Außerhalb Herrins wurde gestern wieder eine Eisenbahnbrücke von einem Flugzeug warfen außer drei Bomben auf eine „Festung", in der die gegnerische Bande verbarrikadiert ist. Keine von den Bomben explodierte. Der powerner von Illinois hat den Antrag des Bürgermeisters abgelehnt, da nach der Verfassung in Verhängung des Kriegsrechts nur möglich wenn die Zivilbehörde völlig zusammenbrochen sei, was seiner Ansicht nach nicht der Fall sei. Der Bürgermeister hat diesen Standpunkt nicht anerkannt und den Gouverneur bisher mitgeteilt, daß jede zivile Autorität machtlos sei. Kein Staatsanwalt, der den Versuch machen würde, die Räuber zu verfolgen, würde am Leben bleiben.

Aufruhrzeichen vom Dodekanes

Athen, 15. 11. (Sonderdienst der DAZ)

Meldungen aus dem Dodekanes berichten, daß die Reibungen zwischen den Zivilbehörden und den italienischen Behörden zunehmen. Die eiliener haben die Entfernung griechischer Wappen und Flaggen angeordnet. Es kam zu gleichen unangenehmen Zwischenfällen. Deputierungen und Verhandlungen fanden.

*

Eine militärische Eskorte ist nach Kreta abgeseilt, um Gerüchte über Massakros aus dem Gefängnis in Zgzdolin nach Athen zu dementieren, wo er vor dem Obersten Gerichtshof hört werden soll.

Ausschreitungen bei den bulgarischen Provinzialratswahlen

Sofia, 15. 11. (Sonderdienst der DAZ)

Gestern fanden im ganzen Lande die Provinzialratswahlen statt, wobei es an mehreren Orten zu ernstlichen Ruhestörungen in den Städten haben die Regierungsleute nur eine ein Drittel der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigt. Es ist aber abgesehen, daß die Resultate aus den ländlichen Gebieten, die zur Stunde noch nicht bekannt sind, für die Regierung günstiger sind. In diesen Gebieten wurden Anhänger der demokratischen und agrarischen Parteien vielfach tätlich angereifen.

Rückreise Ruschdy Beys

Riga, 15. 11. (Sonderdienst der DAZ)

Ruschdy Bey ist nach dreitägigem Aufenthalt in Riga an Bord des Kreuzers „Gamdiet" wieder abgereist. Unter den zahlreichen Begrüßungen über den Besuch der Zusammenkunft ist auch die aufgetaucht, daß Ruschdy Bey es für nötig hielt, Abschiedsreden über gewisse konkrete Vorhaben zu informieren, die die Türkei den interessierten europäischen Staaten in der Frage des Eintritts in den Völkerbund erhalten hat. Vor seiner Abreise erklärte Ruschdy Bey eine Erklärung, daß die Türkei den Wunsch keinerlei Vorrechte einräumen würde, die sie nicht auch den östlichen Nationen einräumt.

Arbeiter und Wirtschaftskonferenz

Rede des holländischen Arbeiterführers Oudegeest

sch. **Genf**, 15. 11. (Eigenbericht)

Der holländische Arbeiterführer Oudegeest hielt heute abend vor den Teilnehmern der Weltwirtschaftskonferenz. Er erinnerte daran, daß die Arbeiter bereits 1919 eine gerechte Verteilung der Rohstoffe, 1920 die internationale Regelung der internationalen Schuldenzahlungen hatten. Sie wollten sie besonders Beschäftigung von Arbeit, hielten dies aber für schwierig, weil die Verbrauchsfähigkeit nicht gelöst sei, was nicht geschehen könne, wenn die Kaufkraft der Massen nicht gehoben werde; dies hänge aber von der Stabilisierung des Geldes ab, in deren Folge das Zumping der Länder mit schlechtem Geld verschwinde.

Trusts und Kartelle hielten die Arbeiter für die Entwicklung der Industrie für nützlich.

Es bestünden aber Gefahren für die Verbraucher, denen die Preise diktiert werden können. Die Arbeiter seien also nicht gegen die industrielle Entente, sie wollten aber Garantien für die Verbraucher. Die Zollmauern müßten verschwinden, was natürlich nicht sofort geschehen könne. Aber die bestehenden Zölle schädigten Erzeuger und Verbraucher, und damit ganz Europa. Wanderungen der Arbeitslosen müßten erleichtert werden, indem man sie dorthin dirigiere, wo eben Arbeiter zu finden sei. So könnten Hunderte Millionen Goldfranc für Arbeitslosenfürsorge sparen werden.

Die Frage eines Amerikaners, ob Oudegeest seine Forderungen auch auf Amerika ausdehne, bejahte der Arbeiterführer. Den Einwand des Amerikaners, daß in Amerika Ueberproduktion bestehe, lehnte Oudegeest ab und wies darauf hin, daß gerade in Amerika Ueberproduktion unvereinbaren europäischen Unterverbrauch und auf den Umstand, daß man in der Bodenproduktion, z. B. Zuckerrübe mit 23, Hollands mit 18 und Amerikas bloß mit zwei Einheiten berechne. Es müßten also an alle Länder, auch an Südamerika, Sibirien usw. 5. Verbrauch zirbeiten soll er in Europa.

Propaganda in diesem Sinne werde fortgesetzt werden.

*

Im Anschluß an die bereits wiedergegebene Rede Thomas' hatte der französische Gewerkschaftssekretär Jouhaux folgende

fünf Fragen der Arbeiter und Verbraucher

in den Vordergrund gestellt: Stabilisierung der Währung, Eingreifen gegen die Erschwerungen im Welthandel, industrielle internationale Ententen, Organisierung der Arbeitsvermittlung und Schaffung eines ständigen Wirtschaftsorganismus. Dieser konnte fünf Gruppen enthalten: 1. Industrie, 2. Landwirtschaft, 3. Finanz, 4. Arbeit 5. Verbraucher. Jeder Gruppe sollen 20 Mitglieder Versammlungen, so im Völkerbund und in der Arbeiterorganisation). Die Kommission nimmt von den Ausführungen Jouhaux' Kenntnis. Der Gedanke eines ständigen Wirtschaftsorganismus, also gewissermaßen eine dritte internationale Körperschaft, wie Völkerbundsrat und Internationales Arbeitsamt, scheint französischen Ursprungs zu sein.

Kopenhagen, 15. 11. Der König empfing heute im Amalienborgschloß den neuen deutschen Gesandten v. Hassel, der sein Beglaubigungsschreiben überreichte. Unmittelbar darauf wurde der Gesandte von der Königin empfangen.

Amerikanischer Funkdienst

New York, Devisen- und Goldmarkt

Devisenkurse von 4 Uhr nachmittags.

	15. 11.	13. 11.		15. 11.	13. 11.
Tägl. Geld	4½	4½	Lond. SOT.	4,861	4,86¼
Sonnabend			Paris	3,86	3,30½
60 Tage B	4⅝	4⅝	Brüssel	13,34	13,22
90 Tage B	4¾	4¾	Amsterd.	40,00	40,01
Fr. Banknoten			Zürich	19,29	19,29
Lond. Check	4¾	4¾	Oslo	26,00	26,03
do. Nachsicht	4¾	4¾	Kopenh.	26,45	26,49
Berlin Mittelk.	23,75	23,74½	Prag	2,96½	2,96½
Madrid	—	—	Wien	14,08	14,08
Lissabon	—	—	Madrid	15,15	15,16
Lebw. Tr.	4,85½	4,85¼	Mailand	21,94	21,94

New Yorker Börse

	15. 11.	13. 11.		15. 11.	13. 11.
U.S.St. Louis Prior.	94	94	Pf. Gas. Dawawanna	105½	106
U.S.ex.ausw. Wert. Bd.	99	99	Ges. Stahl 25	97½	96½
Baltimore & Ohio	103½	103	J. Hensel Aktien	103	102
Canad. Pacific	164½	164	Ges. Staatsanl.	97½	97
Chesapeake Ohio	145	145½	J. Lan. Farb. 47	99	99½
Chic. Milwaukee	85	85	Deutsche. Kredit	99½	100
Illinois Central	154	154	Deutsche Anleihe	101½	101
Missouri Pac. pref.	89	89	Franz. Gold 46	96	95½
Pennsylvania	56½	56½	Mex. Anal. v. 99	—	100
Reading	67½	67½	Mex. Gold v. 04	28	28½
Southern Pacific	107½	107½	Pfälz. Anl. 50	91½	91
Union Pacific	153	153	S. A. R. G. 1911	114½	114½
American Can	51	51	Stadtanleihe Cöln	97½	97½
Anaconda	45½	45	Tried. Krupp 29	101	100½
Bethl. Stahl	44½	44½	Gesellschaftsgeh.	96½	96½
Gen. Motor. neue A.	83½	83½	J. Bh. Kim-Gumm	114½	114½
General Motors	147½	146	J. Bh. W. Ex. 1920	100½	100
Intern. Harvester	133½	133½	J. Lenoh. Tiets	107½	104½
Standard Oil N. J.	43	43	Hesse. Wes. 46	101½	101½
Studebaker	50½	50½	J. Siem. u. H. 1928	100½	101
U. S. Steel Corp.	152½	149½	Aug. Thyssen	—	—
Gillette Safety Raz.	91	90	G.Ver.Stahlw.A.Z.	96½	96½

New York, Produktenmarkt

	15. 11.	13. 11.		15. 11.	13. 11.
Alte Santos	20½	20½	Weizenbrot	8,50	—
do. Mai	19½	19½	Roggenmehl	8,50	—
do. Dezbr.	19,80	19,80	Schmalz Wester.	12,60	12,60
do. Mai	19,50	19,50	Talg extra loos.	7	7
Rio Nr. 7	14,00	14,75	Talg National loos.	7,50	7,50
do. Mai	14,00	14,00	do. Dez.	7,88	7,92
do. Sept.	13,70	13,74	Petroleum Raff.	13,15	13,15
Kaffee Nr. 4	13,00	12,50	do. Stand. white	8,75	8,75
Dezbr.	12,59	12,50	do. Stand. wh. Philadelphia	8,75	8,75
Januar	12,63	12,59	Gasoline, Gefäß	3,40	3,40
März	12,62	12,60	Kupfer Dezbr.	2,70	2,70
Mai	12,60	12,56	do. Januar	2,81	2,84
Zucker	94 000	67 000	do. Mai	2,80	2,82
Kupfer stabil	13,00		Kautsch. exp.	41½	41½
Blei	70,50		do. Para	41½	41½
Zinn	32,00		Getreidefr. nach England	2	2
Zink	7,25		do. nach Havre	2	2
Eisen	20,00		Baumwolle N. Orl.	12,61	12,61

	15. 11.	13. 11.		15. 11.	13. 11.
Weizen, rot	148½	148½	Mehl, Sp.	7,00—7,35	7,00—7,35
Lieferungen	151½	150	Mehl, Clears	6,70—6,80	6,70—6,80
Mais	84½	82½	Kontinent	30—35 cts.	30—35 cts.

Chicago, Produktenmarkt

	15. 11.	13. 11.		15. 11.	13. 11.
Weizen Dez.	138½	138½	Schmalz Januar	11,67½	11,75
Mai	141½	140½	Rippen Januar	12,22	12,22
Mais Dez.	79½	77½	Speck	13,00	13,00
Mai	79½	77½	Lebende Schweine	11,40	11,25
Hafer Dez.	37½	37½	Schweine Januar	11,50	11,40
Mai	40½	40½	Schweine Februar	11,50	11,50
Roggen Dez.	99½	98½	Schweine Februar	11,25	11,20
Mai	102½	101½	Zufuhr Chicago	38 000	7 000
Schmalz Dez.	11,62½	11,70	Zufuhr Westen	112 000	38 000

Vereinfachung der Berliner Stadtverfassung

Von einem führenden Kommunalpolitiker erhalten wir die folgenden beachtenswerten Ausführungen zu der seit langer Zeit erörterten Frage der Umgestaltung der Berliner Verwaltung. Die eigene Stellungnahme behalten wir uns vor.

Die Erkenntnis ist allgemein, daß das politische und wirtschaftliche Leben Deutschlands nur nach Vereinfachung der öffentlichen Verwaltung gesunden kann. Wer dabei mitbesten will, darf nicht vor seiner eigenen Tür haltmachen. Auch die kommunale Organisation von Groß Berlin muß gemeinsteren daraufhin geprüft werden, ob sie den Erfordernissen einer vereinfachten Stadtverwaltung entspricht.

Das preußische Gesetz über die Bildung einer neuen Stadtgemeinde Berlin vom 27. April 1920 hat einen zweigliedrigen Organismus geschaffen. Berlin hat eine zentrale Verwaltungsbehörde und 20 Bezirksverwaltungsbehörden. Die zentralen Organe sind der Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung. Bezirksorgane sind die Bezirksämter und die Bezirksverordnetenversammlungen. Die Arbeitsgebiete der Zentral- und der Bezirkskörperschaften werden in der Regel durch Ortssatzungen voneinander abgetrennt, die nach Anhörung der Vorsitzenden der Bezirksämter entweder durch übereinstimmenden Beschluß der Stadtverordnetenversammlung und des Magistrats oder lediglich durch Magistratsbeschluß erlassen werden. Der Magistrat hat gegenüber den Bezirksämtern ein Anweisungsrecht, soweit es sich um Geschäfte der zentralen Verwaltung handelt, und ein Kontrollrecht, soweit es Angelegenheiten des Bezirks sind.

Dieser Dualismus der Berliner Verwaltung führt naturgemäß oft zu einem Parallelarbeiten und damit nicht selten zu einem Gegeneinanderarbeiten der Zentralverwaltung und der Bezirksverwaltungen. Um günstig zu beseitigen, ist nicht möglich, da sich in einer Zwischenstufe die Trennung zwischen zentraler Anordnung und örtlicher Ausführung meist nicht vermeiden läßt. Es bleibt zu prüfen, ob eine Vereinfachung der beiden Instanzen in Frage kommt. Die zentrale Instanz zählt 12 besondere und 12 unbesondere Magistratsmitglieder sowie 225 Stadtverordnete. Die Bezirksinstanzen zählen zurzeit insgesamt 110 besondere und 107 unbesondere Bezirksmitmitglieder sowie 780 Bezirksverordnete. Schon aus der zahlenmäßigen Gegenüberstellung ergibt

A1 B2 A2 B3 A3 B4 A4 B5 A5

dem Magistrat oder dessen Dirigenten ernannt, oder

II. An die Stelle der Bezirksämter tritt ein Bezirksbürgermeister. Er wird aus den Magistratsmitgliedern entnommen und vom Magistratsdirigenten bestellt. Er wird in der Leitung der Bezirksverwaltung unterstützt durch einen auf dem unter I angegebenen Wege gewählten Bezirksverwaltungsausschuß.

Hierzu[illegible] [illegible] müßte eine Verminderung der Zahl der Bezirke, eine teilweise Aenderung der Bezirksgrenzen und eine Vermehrung der Zahl der Magistratsmitglieder. Die jetzige Bezirkseinteilung entspricht — wie sich herausgestellt hat — keineswegs den Bedürfnissen der Wirtschaft und den Erfordernissen des Verkehrs.

Allein der preußische Landesgesetzgeber kann das Verfassungsgesetz der Stadt Berlin abändern. Die städtischen zentralen Körperschaften haben nur das begrenzte Recht, Zahl und Besoldung der Magistratsmitglieder sowie die Höhe der Aufwandsentschädigung der Bezirksvorsteher zu bestimmen. Die Neuorganisation der Bezirksverwaltungen, die Verminderung der Anzahl der Bezirke und die Aenderung der Bezirksbegrenzungen muß durch den Landtag beschlossen werden. Mögen die zur Entscheidung berufenen die Sache über die Partei stellen. Jede mögliche Vereinfachung der öffentlichen Verwaltung muß heute erstrebt werden. Die Bereinfachung der Berliner Stadtverfassung wird kommen, will sie kommen muß. Sie dient dem Wohle der Stadt, dem Wohle der Allgemeinheit.

Bayerische Minister in Berlin

ku. **München**, 15. 11. (Eigenbericht.) Ministerpräsident Dr. Held hat sich heute abend mit dem Finanzminister und dem Minister des Innern zur Fortsetzung der Besprechungen über den Finanzausgleich nach Berlin begeben.

*

Die bayerische Presse, vertreten durch die Arbeitsgemeinschaft der Redakteure und Verleger, ist mit einer bemerkenswerten gesellschaftlichen Veranstaltung vor die Oeffentlichkeit getreten. Der Landesverbandsvorsitzende der bayerischen Presse, Redakteur Freund, begrüßte die große Zahl der Gäste, die Staatsregierung, vertreten durch das Gesamtministerium und sämtliche Staatsräte, die Vertreter der deutschen Länder und die konsularischen Vertretungen des Auslandes.

Ministerpräsident Dr. Held unterstrich in seiner Ansprache das innige Zusammenarbeiten in der Verantwortung für das allgemeine Wohl des Staates und der Staatsdiener zwischen Presse und Regierung.

Das Rechtsstaatsgesetz

Die Meldungen in der Presse, daß der Reichsfinanzminister im Etat 1927 einen Antrag auf Bewilligung einer größeren Summe einstellen werde für den Bau eines Hotels für die Mitglieder des Reichstags, stimmen in dieser Form nicht. Es handelt sich nicht um ein Hotel; es ist außerdem Sache des Reichstags, der seinen eigenen Etat hat, einen dahingehenden Antrag zu stellen. Bei den beabsichtigten Bau handelt es sich um die Schaffung einer Unterkunft für die Reichstagsbibliothek, um die Vermehrung der Sitzungszimmer für die verschiedenen Ausschüsse und der Arbeitszimmer für die Abgeordneten. An das neue Gebäude wird auf den beiden Grundstücken, die nördlich von dem Reichstag liegen und von denen eins jetzt wiederum von der Japanischen Botschaft bewohnt wird, errichtet werden. Die beiden Grundstücke sind bereits im Eigentum des Reichs.

Die Zusammenkunft in Odessa

Uebereinstimmung in allen wesentlichen Punkten

Riga, 15. 11. (Sonderdienst der TMG.)

Tschitscherin und Rutschdy haben unterhielten sich Sonnabend in dreistündiger Unterredung über die Beziehungen zwischen Sowjetrußland und der Türkei und die internationale Lage. Es wurde festgestellt, daß die Unterhaltung übereinstimmung der Ansichten in allen wesentlichen Punkten ergab. Politische Kreise in Moskau glauben, daß der Abschluß eines neuen Vertrages nicht geplant sei, da die bestehenden Verträge die Pflege und Förderung freundschaftlicher Beziehungen zwischen Rußland und Türkei bereits sicherten. Am Freitag und Sonnabend fanden Bankette statt.

Tschitscherin hielt verschiedene Reden, in denen er auf die Uebereinstimmung der russischen und türkischen Interessen hinwies, die eine gleiche Haltung dem „Imperialismus des Westens" gegenüber nötig machten. Die russische und die türkische Gesandte der letzten Jahre wiesen

viele gemeinsame Züge

auf. Während die Rote Armee und die Rote Flotte die imperialistischen Eindringlinge vertrieben hätten, hätten die türkischen Soldaten und Seeleute gegen französische, englische, griechische und amerikanische Imperialisten gekämpft. Beiden Ländern sei es gelungen, ihre Unabhängigkeit zu wahren, und sie müßten nun zusammenstehen, um diese Unabhängigkeit auch in Zukunft gegen die Anschläge der Kapitalisten der Welt zu verteidigen. In einer anderen Rede sagte Tschitscherin: „Ich erhebe mein Glas und trinke auf das Wohl der türkischen Marine. Nieder mit dem Imperialismus, Heil der jungen unabhängigen Türkei."

Rutschdy Beys Antworten

waren ziemlich kurz gehalten. Entweder hat er im Gegensatz zu Tschitscherin Wichtiges gesagt, oder es sind nur Auszüge seiner Reden veröffentlicht worden. Rutschdy begrüßte Tschitscherin in einer Ansprache als einen der größten lebenden Staatsmänner. Die Freundschaft zwischen Sowjetrußland und der Türkei werde niemals aufhören, sondern sich immer weiter befestigen. Die Türkei werde nicht vergessen, was Sowjetrußland für sie in ihrem Kampfe für ihre Unabhängigkeit getan habe. — Die Sowjetpresse erklärt offen, daß die russisch-türkische Freundschaft besonders gegen England gerichtet sei. „Izwestija" sagt: „Die russische Vertragspolitik schiebt eine Schranke vor die imperialistischen Pläne Englands im Nahen Osten." Auch die Ordnung der türkisch-persischen Beziehungen sei ein Schlag für das Foreign Office und die britische öffentliche Meinung.

Die Tragweite der Begegnung

fr. **Mailand**, 15. 11. (Eigenbericht)

„Corriere della Sera" schreibt, die Bedeutung der Zusammenkunft Tschitscherins mit dem türkischen Minister des Aeußern in Odessa dürfe nicht übertrieben werden. Die Tragweite dieser Begegnung halte sich im Rahmen der tatsächlichen Stärke der beiden Teilnehmerstaaten. Sowjetrußland habe das Bündnis Ostpreußens zu bewerben, daß es nicht politisch von Polen und der Türkei auch gegen Italien Irgendwo gelege wie Sowjetrußland gegen Großbritannien.

Timur Khan reist nach Berlin und Moskau

Seine Besprechungen in Angora

dp. **Konstantinopel**, 15. 11. (Eigenbericht)

Die Vermutungen, die nicht nur von der türkischen Presse an den Besuch des persischen Ministers Timur Tasch Khan in Angora verknüpft werden, haben bei diesem ansehnend selbst einige Bewunderung erregt. Sein Aufenthalt in Angora beschränkte sich nur auf wenige Tage. In seiner Begleitung befand sich nicht, wie erst Verhandlungen über wichtige grundsätzliche Fragen doch wohl üblich ist, der persische Botschafter. Khan hatte vielmehr seinen Besuch in Angora gar einer Zeit ab, in der die letzenden türkischen Staatsmänner durch die ersten Sitzungen des neuen Nationalversammlung vollauf in Anspruch genommen werden. Im übrigen kann wohl kaum bestritten werden, daß

die Frage des russisch-türkisch-persischen Vertrags

vom türkischen Standpunkt nicht die ihr angeschriebene Bedeutung besitzt, da die Türkei sowohl mit Persien als auch mit Rußland bereits ein Neutralitätsabkommen abgeschlossen hat. Die kurze Unterredung, die Timur Tasch Khan mit dem Sowjetvertreter in Angora hatte, und die nach Aufstellung hiesiger persischer Kreise eine vorzeitig im Gange zum Schutz des russisch-persischen Freundschaftsvertrags ausgelegt wurden. Diese Kombination wird persischerseits schon besonders als unzutreffend bezeichnet, weil er persische Hofminister von Berlin, wohin er sich nach seinem Konstantinopeler Besuch begeben wird, nach Moskau reist, um von dort nach Teheran zurückzukehren. Wenn er also tatsächlich mit der Führung von Verhandlungen über die Schaffung eines engeren Verhältnisses zwischen Persien und Sowjetrußland betraut worden wäre, hätte er so kaum persischen Kreisen verschwiegen, daß er den Umweg über Angora zu wählen brauchte.

Allerdings muß zugegeben werden, daß in zwischen Persien und Rußland gegenwärtig schwebenden wirtschaftlichen Fragen unbedingt einer Klärung bedürfen. Die Hauptpunkte dilden bekanntlich das von russischer Seite gegen die Einfuhr wichtiger persischer Erzeugnisse erlassene Verbot und die von Persien angeordneten

Gegenmaßnahmen hinsichtlich des russischen Petroleums.

Es wird den persischen Stellen daher schwer fallen, den Glauben zu hätten, daß nicht auch politische Fragen berührt werden. Es es ähnlich wie Moskauer Besprechung tatsächlich zu Abschluß eines persisch-russischen Neutralitäts- und Sicherheitsvertrages kommen wird, obwohl der Besuch von Moskau wohl von der Lage in Persien und dem Grad der gegen England herrschenden Stimmung abhängen.

Die internationale Verkehrskonferenz in Berlin

Die internationale Verkehrskonferenz, die gegeit in Berlin tagt, wird am 18. November zu ihrem Vorsitzenden Matthes, dem Präsidenten der Reichsbahndirektion Berlin gewählt werden. Der Zweck der Konferenz wo eine bessere Verbindung zwischen Europa und Asien auf dem Eisenbahnwege zu ermöglichen, namentlich durch Ausgabe durchgehender Fahrscheine und durch durchgehende Beförderung des Reisegepäcks. Falls Beschlüsse der Konferenz die Genehmigung der beteiligten Behörden erhalten, werden vom 15. Mai 1927 ab an den europäischen Europas durchgehende Fahrscheine nach Wladiwostok, Peking, Tientsin, Schanghai usw. ausgegeben. Ein Fahrschein 2. Klasse Berlin—Tokio wird ungefähr 650 Mark kosten. Reisende werden dann in Berlin oder Warschau bis Moskau zu fahren; von dort fährt ihn der Anschlußzug nach dem Fernen Osten. Sehr schnell wird der Schnellzug durchgehend abgefertigt. Die Reisedauer Berlin—Tokio wird zwei Tage und Berlin—Peking elf Tage betragen. Die Gesamtstrecke Berlin—Tokio beträgt 12 000 Kilometer.

Der neue Tarifverband, der zur Einrichtung dieses Verkehrs gegründet wurde, umfaßt 19 Länder, von Japan im Osten bis Frankreich im Westen. Eine große Zahl neuer Vorschriften über die Verbindungen in sowohl, wie auch für die Vorschriften, müssen über Sprachen: Englisch, Russisch, Deutsch und Französisch veröffentlicht werden.

Auch in diesem Verkehr spielte die Frage des polnischen Korridors eine große Rolle. Es soll nunmehr dahin getreten werden, daß ein Zugpaar von Berlin nach Danzig und Mitte der Woche einmal verkehrender Luxuszug diesen internationalen Verkehr auch über die Nigger Novelle vermittelt. Um diesen Zug auch den Ostpreußenverkehr zugängig zu machen und den Transitreisenden durch den Korridor völlige Freiheit von Zoll- und Polizeiinstichtlichten zu währen zu können, ist der Abschluß eines Staatsvertrages zwischen Polen und Deutschland in Aussicht genommen.

Empfang beim Verein ausländischer Presse

Der Verein der ausländischen Presse hatte zu Sonntagsbeginn zu einer gesellschaftlichen Veranstaltung in seinen Klubräumen nach dem Hotel „Russischer Hof" eingeladen. Mit dem Pressechef der Reichsregierung, Ministerialdirektor Dr. Zechlin, seinem Vorgänger, Botschafterrat Dr. Kiep, und dem soeben neuernannter deutschen Gesandten in Kairo, dem bisherigen Leiter der Personalabteilung des Auswärtigen Amtes, v. Stohrer, nahmen fast sämtliche Referenten der Pressepolitik der Reichsregierung und zahlreiche Mitglieder des Auswärtigen Amtes an der Veranstaltung teil. Im Laufe des Abends erschien auch Außenminister Dr. Stresemann. Nach kurzen Begrüßungsworten des ersten Vorsitzenden des Vereins, Georges Blum vom Pariser „Journal", hielt der bisherige Oberreichsbaumeister Dr. Oberm[illegible] einen Vortrag über die bevorstehende große Strafrechtsnovelle unter besonderer Berücksichtigung der Presse und ihrer Kontrolle. Im Anschluß daran wurde die Frage der Verhältnisse der Presse in Deutschland und Oesterreich gemeinsam aufgerollt. Es wurde hier auf einen der wichtigsten rechtlichen Gebiete eine Annäherung der beiden deutschen Staaten herbeigeführt. Der Eindruck war tief mit seinen Ausführungen den nördlichen Beifall.

Statt besonderer Anzeige:
Die Verlobung meiner einzigen Tochter Elsa mit Herrn Paul Keller, Leutnant d. R., zur Zeit Garde-Pionier-Bataillon, beehre ich hiermit an.
Frau Berta Keller.
Dresden, Kattern 1 bei Bremen.
Statt besonderer Anzeige:
Die Verlobung meiner einzigen Tochter Elsa Keller, einzigen Tochter des Schlossbaumeisters Hermann Keller, mit Herrn Paul Keller, zur Zeit Garde-Pionier-Bataillon, beehre ich mich hiermit anzuzeigen.
Richard Brandts.
Waldenburg-Altwasser.
In Neuwerden 19.28.

Die Infanterieschule in Dresden

Von unserem Berichterstatter

Dresden, Mitte November

Die Albertstadt in Dresden ist seit jeher fast ausschließlich eine Soldatenstadt gewesen. Kasernen, Wohnungen für berufstätige Offiziere und im weiteren Rußland dabei eine ganze Reihe von Geschäften, die das besonderen Vorteil von den Kasernen gehabt haben. Nach dem Umsturz war nur in einem Teil der Dresdener Kasernen reges Leben, während die anderen zum Teil unbenutzt waren, zum Teil aber auch von Privatleuten infolge der Wohnungsnot bewohnt wurden. Durch die Verlegung der Infanterieschule von München nach hier ist ein Teil der ehemaligen Kasernen und sonstigen militärischen Gebäude wieder seiner Bestimmung zugeführt worden, darunter vor allem die ehemalige sächsische Kadettenanstalt, die später bis Jahrzehnt der Sächsischen Landesschule aufnahm. Auf dem alten historischen Gelände entsteht also wieder die alte Soldatenstadt. Die Verlegung dauerte dadurch mit verhältnismäßig geringen Kosten verbunden, weil nur einzelnen zwei Gebäude vollständig neu aufgerichtet werden mußten, während alle anderen nur aufzufrischt und ausgebessert zu werden brauchten. Der Kommandeur der Infanterieschule ist Generalmajor v. Amsberg. Am 18. November wird in Gegenwart des Reichspräsidenten v. Hindenburg die neue Infanterieschule eingeweiht werden.

Im einzelnen ist

die Unterbringung

der Infanterieschule folgendermaßen angeordnet:

In dem ehemaligen Sächsischen Kadettenkorps, das durch umfangreiche Neubauten ergänzt ist, befinden sich die Kun- und Schlafräume für die Waffenschüler, die Lehrräume, Lehrtrophäe, die Ehrfälle, die Kameradschaftsheime und die Turnhalle und der Sportplatz.

In der Kaserne des ehemaligen J.-R. 177 ist die Lehrkompagnie, die sich aus Lehrtruppe aller Waffen zusammensetzt, die Waffenmeisterei und für die Infanterieschule erforderlichen Waffen sowie das Zeug untergebracht.

In der Kaserne des ehemaligen Sächsischen Train-Bataillons ist die Reitanstalt der Infanterieschule, die alle für den Reit- und Fahrunterricht erforderlichen Pferde und Pferdepfleger sowie Fahrzeuge enthält. Die Kaserne ist durch Neubauten von Reitbahnen und Aufstellung eines Gebäudes ergänzt.

Die Unterbringung der verheirateten Offiziere und Beamten sind ein Kommandoraum, ein Stabsoffizierhaus für sechs Stabsoffiziere und drei Wohnhäuser für je sechs Stabsoffiziere oder Hauptleute neu gebaut. Die Leiter der Lehrgänge sowie drei Stabsoffiziere und die Beamten sind in vorhandenen Gebäuden der ehemaligen Kadettenanstalt untergebracht.

Sehr angenehm und schön ist die Kelle, moderne Räume geschaffen worden sind und eine gewisse Bequemlichkeit Platz gegriffen hat, wie sie in den früheren Kasernen nicht zu finden war. Namentlich sind die mehrstöckigen Betten vollständig weggeschaffen und nur Einzelbetten aufgestellt. Die Kameradschaftsräume sind hell und freundlich gehalten, und die Möbel sind wertvollen alten historischen Gemälden ausgestattet, die die Militärschüler unmittelbar mit der Geschichte und Tradition in Zusammenhang bringen. Selbstverständlich ist die Schule mit allen modernen Hilfsmitteln des Unterrichts ausgestattet. Der große Festsaal, dessen einfache Farben und architektonische Linien eine wunderweite Wirkung ergeben, ist mit den Bildern des Feldmarschalls v. Hindenburg und des Generalobersten v. Seeckt sowie mit den Büsten Friedrichs des Großen und Blüchers, Schlachtenbilder und den Büsten Moltkes, Schlieffens, Scharnhorsts und Gneisenaus geschmückt. Die Militärverwaltung, und namentlich Generaloberst v. Seeckt, haben besonderen Wert darauf gelegt, daß die alten schönen Bäume an den Anlagen des hundertvollen Feierhinplatzes erhalten geblieben sind. Die hygienischen Einrichtungen, wie Badeanstalten und große Schwimmbecken usw. sind ausgezeichnet. Die Heeresverwaltung macht es zur Bedingung, daß jeder Militärschüler nur als Freischwimmer die Anstalt betritt.

Den ersten

Lehrgang der Infanterieschule,

der 10½ Monate dauert, müssen alle Offiziersanwärter aller Waffen besuchen. Den zweiten Lehrgang bei der Infanterieschule besuchen nur die Fähnriche der Infanterie und der Kraftfahrtruppe; die Fähnriche der Kavallerie besuchen die Kavallerieschule Hannover, die Fähnriche der Artillerie, Fahrtruppe und Nachrichtentruppe die Artillerieschule Jüterbog, die Fähnriche der Pioniere die Pionierschule München. Die ganze Organisation der Infanterieschule ist auf Ausnutzung der Zeit eingestellt, und bei der ganzen Anlage ist auf Ersparnis von Arbeitskräften hingewirkt. Der Dienstbetrieb ist sehr streng, die Anforderungen sind sehr hoch. Mit dem Frühjahr beginnen, ist der Waffenschüler den ganzen Tag eingespannt. Nur zwei Spätmachmittage sind zum Selbststudium und für freie Zeit verfügbar. Damit lange Pausen vermieden werden, sieben den Militärschülern Fahrräder zur Verfügung. Die militärischen Ausbildungsbedingungen sind nach der Ansicht der Militärverwaltung wegen des unmittelbar vor der Tür liegenden Truppenübungsplatzes Zeithain sehr günstig. Die Ausbildung im Gelände wesentlich besser als in München.

Die erste Führung der Presse durch die Infanterieschule erfolgte durch den Inspekteur des Erziehungs- und Bildungswesens, Generalmajor v. Meysch, dem alle Waffenschulen der Reichswehr unterstehen. v. Meysch erläuterte auch im einzelnen die ganzen Baudichtsten. Die Anlagen sind von der Militärverwaltung unter der Leitung Bauleitung des Architekten Renisch in Charlottenburg erbaut worden.

Bruno Sydow

Abänderung des thüringischen Beamtenrechtes

pp. **Weimar**, 15. 11. (Eigenbericht.)

Der thüringische Landtag verhandelte über eine Vorlage zur Abänderung des Beamtenrechts. Es sollen die unnötig weitgehenden angelegten genannten Republik-Schutzbestimmungen des gelten Gesetzes knapper gefaßt verarbeitet und bestimmungen neu gestaltet werden, die dem Beamten auch ein gedrängtes Verbleiben außer Dienste zur Pflicht machen. — Auch der Kreis der sogenannten politischen Beamten soll eingeschränkt vor allem sollen die Beamten der Staatsanwaltschaft in diesen nicht mehr einzugreifen. Die Wahlfreiheit, Personen aus den freien Berufen in den Staatsdienst zu nehmen, soll beschränkten werden.

Dr. h. c. Alexander Koch's

DEUTSCHE KUNST UND DEKORATION

MALEREI / PLASTIK / WOHNUNGSKUNST / ARCHITEKTUR / GÄRTEN / KUNSTLERISCHE FRAUENARBEITEN

ist die seit dreißig Jahren führende Kunstzeitschrift und hat die größte internationale Verbreitung. Sie ist das bevorzugte – im Inund Auslande glänzend besprochene Organ aller Künstler und Kunstfreunde. Wer sie liest, ist über sämtliche Fragen und Erscheinungen des Kunstlebens zuverlässig unterrichtet. – Bestellen Sie zur Probe das besonders reichillustrierte Oktoberheft 1926 für nur Mark 2.50. – Illustrierte Prospekte weiterer Spezialwerke gratis. – Verlagsanstalt Alexander Koch, G. m. b. H., Darmstadt W. 22.

Philosoph und Verleger

Zur Lebens- und Ruhmesgeschichte Schopenhauers

Von

Peter Hamecher

Zwei Bildnisse Arthur Schopenhauers. Das eine stammt aus der Zeit 1818, da er sein Lauptwerk erfand und vollendete, und ist von Ludwig Sigismund Ruhl gemalt. Braune Locken umrahmen das mädchenhafte Gesicht, das hellbraune Auge unter schön geschwungenen Brauen. Grube des Rafe, fast schendig, fast weiblich der Mund, spitz das Kinn. Der Dreißiger ist das Bild eines schönen, ernsten Mannes, dem man seine geistige Bedeutung wohl anfieht.

Zwischen diesem und dem anderen Porträt, das Julius Hantschsiß malte, liegen vierzig Jahre. Ein Menschenalter! Das Wassip des Schädels hebt mächtig und nackt vor dem Kranz dünner grauer Haare. Die Stirn ist gefurcht. Die Augen lauchen, aber abgründiger, wissender und verdüsterter. Der Mund ist weiter geworden und liegt in tiefen Falten der Unzufriedenheit. Es ist die Zeit, da nach langen Harren der Ruhm zu dem großen Denker kam und die Welt allmählich Weltgeltung erhielt; wo er nicht mehr seine Bücher honorarlos zu geben und für die „Parerga und Paralipomena" um Unterkunft zu laufen brauchte.

Die Verlagsgeschichte eines Werkes gibt zum Teil eine Kulturk. Sie ist Gradmesser seiner Anerkennung, und jene vierzig Jahre, die zwischen den beiden Bildnissen Schopenhauers liegen, entstehen gruppe an Bitterkeit und Enttäuschung, um den Philosophen auch von dieser Seite in seinem Pessimismus zu bestärken. Sein erstes Verlagswerk Brockhaus, an den er 1818 durch einen Mitarbeiter des Verlags, den Freiherrn von Biedenfeld, kam. Es war ein Opfer, das Brockhaus brachte, als er das Werk des Dreißigjährigen bei sich aufnahm. Der dicke Band wurde nicht verkauft, und mußte zu Makulatur gemacht werden. Dennoch wagte der Sohn von Friedrich Arnold Brockhaus, Heinrich, im Jahre 1843 die Herausgabe einer neuen erweiterten Auflage sowie des zweiten Bandes der „Welt als Wille und Vorstellung"; aber die „Parerga und Paralipomena" lehnte er ab, da der Autor, nach den er die zweite Auflage des Hauptwerkes um ihn honorarfrei gegeben, für die Kosten nicht aufkommen wolle.

Im Jahre 1858 aber meldet sich der Verlag selber. Nach vierzehn Jahren ist die Konjunktur eine andere geworden. Nicht mehr ist zu sehen von der „Welt als Wille und Vorstellung" Brockhaus, der jetzt

Vor den Kriminalgerichten

Dauer- und Massenprozesse in Moabit

Die beiden Kriminalgerichte in Moabit stehen gegenwärtig im Zeichen der Dauer- und Massenprozesse. Sämtliche Schwurgerichtssäle sind für diese Verhandlungen mit Beschlag belegt. Während vor einer Abteilung des Schöffengerichts Mitte noch der Bestechungsprozeß gegen Michael Holzmann im Gange ist, in dem auch Iwan Kutisker als Bestechungs- und angeblich Betrogener in Erscheinung tritt, muß Kutisker sich selbst, wie wir bereits meldeten, an anderer Stelle als Angeklagter wegen seiner Devisengeschäfte verantworten. In einem Schwurgerichtssaal begann der Spritzprozeß gegen Franz Kopp und Genossen, in einem weiteren Schwurgerichtssaal nahm die Berufungsverhandlung in der Angelegenheit des Trianonfilms und der Wohnstättengesellschaft ihren Anfang. An mehreren anderen Stellen werden die Dauerverhandlungen der großen Betrugsaffären durchgeführt, die sich auf das Gebiet des Barckredits- und Kautionsschwindels erstrecken.

Wir erhalten über die Verhandlungen folgende Berichte:

Kutisker möchte „Wasser und Brot"

In der weiteren Verhandlung gegen Iwan Kutisker ging der Vorsitzende die verschiedenen Depositen- und Devisenkonten der Steinbank durch und stellte auch den Punkt fest, daß Kutisker bereits im Jahre 1923 wegen verbotener Devisengeschäfte in einem Unterzeichnungsverfahren mit dem Finanzamt zweimal bestraft sei und das letzte Mal einen Betrag von 10 000 Mark bezahlt habe. Kutisker selbst erklärte, daß er bei der Übernahme der Scharlachbank betrogen worden sei, da er geglaubt habe, daß diese Bank in Sachen der Devisenhandelsverbindungen gesunden wäre. Im übrigen sagte er aus, daß er von den ganzen Geschäften nichts gewußt und im Leben nicht in die Bücher geschaut habe. Als der Staatsanwalt an die Sachverständigen mehrere Fragen richtete, sprang Kutisker plötzlich auf und sagte zum Staatsanwalt: „Mein ich wieder neu gboren werde, dann werdeich ein Staatsanwalt und dann werdeich Kaufmann". Der Vorsitzende stellte dann weiter aus den Akten fest, daß der damalige Devisenkommissar, Regierungsrat Dr. Fellinger, an die Steinbank ein Schreiben gerichtet habe, in dem mitgeteilt wurde, daß man Vertrauen zur Steinbank habe, und daß die Devisengeschäfte machen könne, obwohl sie eigentlich keine Devisenbank sei. Dieses Schreiben wurde aber nach sieben Tagen zurückgenommen, und Dr. Fellinger teilte mit, daß die Genehmigung irrtümlich erfolgt sei. Die Angeklagten Dr. Rühe und Hellwig erklärten, sie seien der Meinung gewesen, daß die Steinbank Devisengeschäfte habe machen können. Der inzwischen erschienene Geh. Rat Graf, Dr. Hes von der Charitie erklärte dann in seinem Gutachten über die Berhandlungsfähigkeit des Hauptangeklagten Kutisker, daß er ihn für verhandlungsfähig halte. Mehrlich äußerte sich der Gerichtsarzt Professor Leppmann.

Auf die Frage des Vorsitzenden an Kutisker, ob man für heute Schluß machen wolle, gab Kutisker zunächst keine Antwort. Sodann äußerte er aber in großer Erregung wieder seinen Wunsch, nicht nach der Charitie zurückgebracht zu werden. Ich möchte hier in Moabit bleiben bei Wasser und Brot, aber nicht zu Geh. Rat Hes sagte. Geh. Rat Hes: Was haben Sie denn heute eigentlich gegen mich, Sie haben doch früher einmal gesagt, ich sei wie ein Vater zu Ihnen! — Kutisker: Ich will nicht wieder nach der Charitie, denn dort werde ich gemordet. Geh. Rat Leppmann erklärte, daß die Unterbringung Kutiskers im Untersuchungsgefängnis auf große Schwierigkeiten stoße, da dort kein Arzt zur Verfügung stehe. Die Verhandlung wurde schließlich auf Dienstag morgen 9½ Uhr vertagt.

Spritzwebers Hauptlieferant Kopp

Der Hauptlieferant Spritzwebers, der Kaufmann Franz Kopp, der als das geistige Haupt der durch ihre Schwindeien in den Jahren 1922 bis 1924 bekanntgewordenen Gesellschaft gilt, hat sich jetzt mit seinem „Interessentenkreis" vor Gericht zu kommunieren. Angeklagt sind außer Kopp der Oberpolizeiinspektor Günther Duehl, der Zollassistent Wilhelm Welsch, ferner Kopps Geschäftsführer und seine rechte Hand, der Kaufmann Walter Erxleben, die Kaufleute Friedrich Schmidt, Hermann Böhle, Franz König und schließlich der Kaufmann Robert Lunke. Gegen sie lautet die Anklage auf Bestechung und falsche Beurkundung in gemeinschaftlicher Absicht, Anstiftung zur falschen Beurkundung, Untreuschung gegenüber dem Monopolamt und Beihilfe dazu, zum Teil in gewinnsüchtiger Absicht. Als Nebenkläger hat sich dem Verfahren wieder das Hauptzollamt Neukölln angeschlossen. Der Hinterzogene Zoll beträgt 1 850 000 Mark.

Bei seiner Vernehmung erklärte Kopp, er könne nicht schließen, wie es zu den Verfehlungen gekommen sei. Er müsse selbst den Ausschluß der Öffentlichkeit beantragen, weil viele Namen „von unten bis ganz nach oben" bloßgestellt werden würden, die sich auch durch heroische Dinge freisehen gemacht hätten. Er habe aber keine Lust, zu entlasten. Der Vorsitzende legte dem Angeklagten dringend nahe, nicht mit derartigen allgemeinen Andeutungen zu operieren, durch die die Staatsanwaltschaft großen Schaden erleiden müsse. Wenn er etwas wisse, so solle er es auch aussprechen. Angeklagter Kopp: Ich denke manchmal daran, noch mehr Personen in die Sache hineinzuziehen; es sind schon genug Leute durch das riesenhafte Vorgehen der Finanzverwaltung in Gefahr hineingezogen worden. Daß solche Sachen vorgekommen sind, ist gar kein Wunder. Die Verwaltung mittelbarer Monopolverwaltungen sind so mangelhaft, daß es eine Leichtigkeit ist, sie zu umgehen oder den Spitzel herauszuziehen. Ein Beamter brauche sich nur einen Augenblick umzudrehen, und die Sache war ihm gewandt. Reichsanwalt Dr. Brandi erklärte als Vertreter der Reichsfinanzbehörde, daß er die allgemeinen Angriffe Kopps und der Beamtenschaft entschieden zurückweisen müsse. Am späten Nachmittag wurden die weiteren Verhandlungen auf Dienstag früh vertagt.

Die Finanzierung des Trianonfilms

Vor der Großen Strafkammer des Landgerichts I begann die Berufungsverhandlung in dem sogenannten Trianonfilmprozeß. Die Staatsanwaltschaft hatte gegen die Freisprechung der Geschäftsführer und Aufsichtsräte der Wohnstätten-G.m.b.H. sowie gegen die Leiter der Trianonfilm-Gesellschaft Berufung eingelegt. Betrunkiln hatte die Wohnstätten-Gesellschaft und den gemeinnützigen Zwecken vom Arbeitsministerium zur Verfügung gestellten Geldern den Trianonfilm bei der aus der Kutisker-Sumwerk, Brüder Zodik und Isnaj Schratter finanziert, wodurch sehr hohe Beträge der Öffentlichkeit verloren gegangen sind. Die Anklage richtet sich gegen die Regierungsräte Bretschneider und Wenzel als Geschäftsführer und in den Geheimen Regierungsräten Olsa und Hellwig als Aufsichtsrats der Wohnstätten-Gesellschaft m. b. H. sowie ferner gegen Zodik und Isnaj Schratter, den kaufmännischen Direktor Otto Busch und den Ingenieur Hans Otto vom Trianonfilm. Eine frühere Verhandlung mußte bereits vertagt werden, da die Brüder Schratter nicht erschienen waren. Auch der neuen Verhandlung waren sie wieder fern geblieben. Die haben inzwischen das Feld ihrer Tätigkeit nach einem anderen Zustandsland verlegt und leben sich jetzt in Paris auf. Die Ladung hatte ihnen nicht zugestellt werden können.

Ein Teil der Verteidiger beantragte wiederum die Vertagung, da ohne die Brüder Schratter der Prozeß nicht durchgeführt werden könne. Geheimrat Glas hat jedoch, die Sache endlich zum Abschluß zu bringen. Er sei seit zwei Jahren ruhend. Sodann äußerte er aber in großer Erregung wieder seinen Wunsch, nicht nach der Charitie zurückgebracht zu werden. Ich möchte hier in Moabit bleiben bei Wasser und Brot, aber nicht zu Geh. Rat Hes sagte. Geh. Rat Hes: Was haben Sie denn heute eigentlich gegen mich, Sie haben doch früher einmal gesagt, ich sei wie ein Vater zu Ihnen! — Kutisker: Ich will nicht wieder nach der Charitie, denn dort werde ich gemordet. Geh. Rat Leppmann erklärte, daß die Unterbringung Kutiskers im Untersuchungsgefängnis auf große Schwierigkeiten stoße, da dort kein Arzt zur Verfügung stehe. Die Verhandlung wurde schließlich auf Dienstag morgen 9½ Uhr vertagt.

Spritzwebers Hauptlieferant Kopp

Der Hauptlieferant Spritzwebers, der Kaufmann Franz Kopp, der als das geistige Haupt der durch ihre Schwindeien in den Jahren 1922 bis 1924 bekanntgewordenen Gesellschaft gilt, hat sich jetzt mit seinem „Interessentenkreis" vor Gericht zu kommunieren. Angeklagt sind außer Kopp der Oberpolizeiinspektor Günther Duehl, der Zollassistent Wilhelm Welsch, ferner Kopps Geschäftsführer und seine rechte Hand, der Kaufmann Walter Erxleben, die Kaufleute Friedrich Schmidt, Hermann Böhle, Franz König und schließlich der Kaufmann Robert Lunke. Gegen sie lautet die Anklage auf Bestechung und falsche Beurkundung in gemeinschaftlicher Absicht, Anstiftung zur falschen Beurkundung, Untreuschung gegenüber dem Monopolamt und Beihilfe dazu, zum Teil in gewinnsüchtiger Absicht. Als Nebenkläger hat sich dem Verfahren wieder das Hauptzollamt Neukölln angeschlossen. Der hinterzogene Zoll beträgt 1 850 000 Mark.

Bei seiner Vernehmung erklärte Kopp, er könne nicht schließen, wie es zu den Verfehlungen gekommen sei. Er müsse selbst den Ausschluß der Öffentlichkeit beantragen, weil viele Namen „von unten bis ganz nach oben" bloßgestellt werden würden, die sich auch durch heroische Dinge freisehen gemacht hätten. Er habe aber keine Lust, zu entlasten. Der Vorsitzende legte dem Angeklagten dringend nahe, nicht mit derartigen allgemeinen Andeutungen zu operieren, durch die die Staatsanwaltschaft großen Schaden erleiden müsse. Wenn er etwas wisse, so solle er es auch aussprechen. Angeklagter Kopp: Ich denke manchmal daran, noch mehr Personen in die Sache hineinzuziehen; es sind schon genug Leute durch das riesenhafte Vorgehen der Finanzverwaltung in Gefahr hineingezogen worden. Daß solche Sachen vorgekommen sind, ist gar kein Wunder. Die Verwaltung mittelbarer Monopolverwaltungen sind so mangelhaft, daß es eine Leichtigkeit ist, sie zu umgehen oder den Spitzel herauszuziehen. Ein Beamter brauche sich nur einen Augenblick umzudrehen, und die Sache war ihm gewandt. Reichsanwalt Dr. Brandi erklärte als Vertreter der Reichsfinanzbehörde, daß er die allgemeinen Angriffe Kopps und der Beamtenschaft entschieden zurückweisen müsse. Am späten Nachmittag wurden die weiteren Verhandlungen auf Dienstag früh vertagt.

Die Finanzierung des Trianonfilms

Vor der Großen Strafkammer des Landgerichts I begann die Berufungsverhandlung in dem sogenannten Trianonfilmprozeß. Die Staatsanwaltschaft hatte gegen die Freisprechung der Geschäftsführer und Aufsichtsräte der Wohnstätten-G.m.b.H. sowie gegen die Leiter der Trianonfilm-Gesellschaft Berufung eingelegt. Betrunkiln hatte die Wohnstätten-Gesellschaft und den gemeinnützigen Zwecken vom Arbeitsministerium zur Verfügung gestellten Geldern den Trianonfilm bei der aus der Kutisker-Sumwerk, Brüder Zodik und Isnaj Schratter finanziert, wodurch sehr hohe Beträge der Öffentlichkeit verloren gegangen sind. Die Anklage richtet sich gegen die Regierungsräte Bretschneider und Wenzel als Geschäftsführer und in den Geheimen Regierungsräten Olsa und Hellwig als Aufsichtsrats der Wohnstätten-Gesellschaft m. b. H. sowie ferner gegen Zodik und Isnaj Schratter, den kaufmännischen Direktor Otto Busch und den Ingenieur Hans Otto vom Trianonfilm. Eine frühere Verhandlung mußte bereits vertagt werden, da die Brüder Schratter nicht erschienen waren. Auch der neuen Verhandlung waren sie wieder fern geblieben. Sie haben inzwischen das Feld ihrer Tätigkeit nach einem anderen Zustandsland verlegt und leben sich jetzt in Paris auf. Die Ladung hatte ihnen nicht zugestellt werden können.

Ein Teil der Verteidiger beantragte wiederum die Vertagung, da ohne die Brüder Schratter der Prozeß nicht durchgeführt werden könne. Geheimrat Glas hat jedoch, die Sache endlich zum Abschluß zu bringen. Er sei seit zwei Jahren ruhend. Sodann äußerte er aber in großer Erregung wieder seinen Wunsch, nicht nach der Charitie zurückgebracht zu werden. Ich möchte hier in Moabit bleiben bei Wasser und Brot, aber nicht zu Geh. Rat Hes sagte. Geh. Rat Hes: Was haben Sie denn heute eigentlich gegen mich, Sie haben doch früher einmal gesagt, ich sei wie ein Vater zu Ihnen! — Kutisker: Ich will nicht wieder nach der Charitie, denn dort werde ich gemordet. Geh. Rat Leppmann erklärte, daß die Unterbringung Kutiskers im Untersuchungsgefängnis auf große Schwierigkeiten stoße, da dort kein Arzt zur Verfügung stehe. Die Verhandlung wurde schließlich auf Dienstag morgen 9½ Uhr vertagt.

Falsches Mordgerücht

Schnell wiederlegt wurde das Gerücht von einem Frauenmorde, das gestern nachmittag im Bayerischen Viertel verbreitet war. Hier wurde in ihrer Wohnung in der Hellbronner Straße die 50 Jahre alte Frau Alice Oelsgeb. Steinthal, die die Witwe des Franzosenarztes Dr. Paul Ludwig Oel, in ihrem Schlafzimmer tot liegend vor sich aufgefunden. Als die Polizei des zustandigen Reviers um 2 Uhr nachmittags von dem Leichenfund Kenntnis erhielt, konnten die Beamten in den Jahren 1922 bis 1924 bekanntgewordenen Gesellschaft gilt, hat sich jetzt mit seinem „Interessentenkreis" vor Gericht zu kommunieren. Angeklagt sind außer Kopp der Oberpolizeiinspektor Günther Duehl, der Zollassistent Wilhelm Welsch, ferner Kopps Geschäftsführer und seine rechte Hand, der Kaufmann Walter Erxleben, die Kaufleute Friedrich Schmidt, Hermann Böhle, Franz König und schließlich der Kaufmann Robert Lunke. Gegen sie lautet die Anklage auf Bestechung und falsche Beurkundung in gemeinschaftlicher Absicht, Anstiftung zur falschen Beurkundung, Untreuschung gegenüber dem Monopolamt und Beihilfe dazu, zum Teil in gewinnsüchtiger Absicht. Als Nebenkläger hat sich dem Verfahren wieder das Hauptzollamt Neukölln angeschlossen. Der hinterzogene Zoll beträgt 1 850 000 Mark.

Bei seiner Vernehmung erklärte Kopp, er könne nicht schließen, wie es zu den Verfehlungen gekommen sei. Er müsse selbst den Ausschluß der Öffentlichkeit beantragen, weil viele Namen „von unten bis ganz nach oben" bloßgestellt werden würden, die sich auch durch heroische Dinge freisehen gemacht hätten. Er habe aber keine Lust, zu entlasten. Der Vorsitzende legte dem Angeklagten dringend nahe, nicht mit derartigen allgemeinen Andeutungen zu operieren, durch die die Staatsanwaltschaft großen Schaden erleiden müsse. Wenn er etwas wisse, so solle er es auch aussprechen. Angeklagter Kopp: Ich denke manchmal daran, noch mehr Personen in die Sache hineinzuziehen; es sind schon genug Leute durch das riesenhafte Vorgehen der Finanzverwaltung in Gefahr hineingezogen worden. Daß solche Sachen vorgekommen sind, ist gar kein Wunder. Die Verwaltung mittelbarer Monopolverwaltungen sind so mangelhaft, daß es eine Leichtigkeit ist, sie zu umgehen oder den Spitzel herauszuziehen. Ein Beamter brauche sich nur einen Augenblick umzudrehen, und die Sache war ihm gewandt. Reichsanwalt Dr. Brandi erklärte als Vertreter der Reichsfinanzbehörde, daß er die allgemeinen Angriffe Kopps und der Beamtenschaft entschieden zurückweisen müsse. Am späten Nachmittag wurden die weiteren Verhandlungen auf Dienstag früh vertagt.

Die Finanzierung des Trianonfilms

Vor der Großen Strafkammer des Landgerichts I begann die Berufungsverhandlung in dem sogenannten Trianonfilmprozeß. Die Staatsanwaltschaft hatte gegen die Freisprechung der Geschäftsführer und Aufsichtsräte der Wohnstätten-G.m.b.H. sowie gegen die Leiter der Trianonfilm-Gesellschaft Berufung eingelegt. Betrunkiln hatte die Wohnstätten-Gesellschaft und den gemeinnützigen Zwecken vom Arbeitsministerium zur Verfügung gestellten Geldern den Trianonfilm bei der aus der Kutisker-Sumwerk, Brüder Zodik und Isnaj Schratter finanziert, wodurch sehr hohe Beträge der Öffentlichkeit verloren gegangen sind. Die Anklage richtet sich gegen die Regierungsräte Bretschneider und Wenzel als Geschäftsführer und in den Geheimen Regierungsräten Olsa und Hellwig als Aufsichtsrats der Wohnstätten-Gesellschaft m. b. H. sowie ferner gegen Zodik und Isnaj Schratter, den kaufmännischen Direktor Otto Busch und den Ingenieur Hans Otto vom Trianonfilm. Eine frühere Verhandlung mußte bereits vertagt werden, da die Brüder Schratter nicht erschienen waren. Auch der neuen Verhandlung waren sie wieder fern geblieben. Sie haben inzwischen das Feld ihrer Tätigkeit nach einem anderen Zustandsland verlegt und leben sich jetzt in Paris auf. Die Ladung hatte ihnen nicht zugestellt werden können.

Ein Teil der Verteidiger beantragte wiederum die Vertagung, da ohne die Brüder Schratter der Prozeß nicht durchgeführt werden könne. Geheimrat Glas hat jedoch, die Sache endlich zum Abschluß zu bringen. Er sei seit zwei Jahren ruhend. Sodann äußerte er aber in großer Erregung wieder seinen Wunsch, nicht nach der Charitie zurückgebracht zu werden. Ich möchte hier in Moabit bleiben bei Wasser und Brot, aber nicht zu Geh. Rat Hes sagte. Geh. Rat Hes: Was haben Sie denn heute eigentlich gegen mich, Sie haben doch früher einmal gesagt, ich sei wie ein Vater zu Ihnen! — Kutisker: Ich will nicht wieder nach der Charitie, denn dort werde ich gemordet. Geh. Rat Leppmann erklärte, daß die Unterbringung Kutiskers im Untersuchungsgefängnis auf große Schwierigkeiten stoße, da dort kein Arzt zur Verfügung stehe. Die Verhandlung wurde schließlich auf Dienstag morgen 9½ Uhr vertagt.

Aus den Vitrinen der Berliner Frauen

Ausstellung bei Gerson

Die Verbündeten Vereine für Mittelstandsfürsorge, die die Veranstaltungen schon oft in das Zeichen gesellschaftlicher Unterhaltung stellten, boten einen neuen und reizvollen Gedanken verwirklicht, indem sie im Möbelhause Hermann Gerson Porzellan, Kristall, Miniaturen, Schmuck und Stickereien von den Vitrinen der Berliner Frauen ausstellten. Die Innenarchitekt Gert Laßmann hat eine Reihe von Räumen zum schönen Rahmen für all die Kostbarkeiten hergerichtet, die man bewundernd betrachten kann, wenn man sich jede einprägen will.

Ein Bibliotheksraum enthält die Antiquitäten aus dem Besitz von Frau Anna Charlotte Friedemann, der Vorsitzenden, die Sonntag die Ausstellung eröffnete. Sie besitzt köstliche Alt-Berliner Tassen, Becher, Gedenk- und Alt-Wiener Porzellan, antiken Silberkrügen und wertvolle Spitzen, die die Fächer der Wandschränke umrahmen. Frau Breslauer zeigt dazu köstlich gestickte gotische Figuren aus dem 15. und 16. Jahrhundert, Frl. Tessiant eine Thüringer Prunktasse, Frau Blum köstliche Limogesvasen, Frau Dorfmüller Miniaturen Hochstetterscher Arbeit und Frau Gertrud Bindernagel von der Staatsoper zur Verfügung gestellt hatten. Bei einem Kaffeetrinken Essen dankte Admiral Zenker, Chef der Marineleitung, im Namen der anwesenden Gäste dem 1. Vorsitzenden, Direktor Wrunsl, für seine Bereitstellungsräume und führte in längerer Ansprache aus, wie notwendig für Deutschland die Schaffung der Begeisterung sei und wie gerade der Geselligkeit hoch angetan ist, dieses Ziel zu erreichen. In gehobenster Stimmung nahm das Fest bei den lockenden Klängen der Kapelle v. Gizycki seinen Fortgang. Eine reich ausgestattete Tombola brachte prächtige Gewinne, darunter verschiedene See- und Luftreisen.

40. Jubiläum der Heilsarmee

Am Bußtag wird die Heilsarmee wieder besondere Versammlungen veranstalten. Zu Ehren des alten Generals finden diese immer im Zirkus Busch statt, diesmal mit man wieder den Sportpalast gemietet, und Frau Booth, die Gattin des Generals, wird nachmittags 3½ Uhr einen Vortrag über das Thema: „Die Heilsarmee und die Probleme der Gegenwart" halten und abends 7½ Uhr eine Versammlung leiten. Die Veranstaltung fällt diesmal mit dem 40. Jubiläum der Heilsarmee zusammen, so daß ferner am Montag, den 15. 3. M., abends 8 Uhr, eine Versammlung im Saalbau Friedrichshain stattfindet. In der Woche vom 14. bis 20. wird auch in den Räumen der Kaufhäuser Tietz, Dresdnerstraße 34/35, ein Zeit der Ausstellung gezeigt werden, für die die Heilsarmee auf der Gesolei den Preußischen Staatspreis erhielt.

Friseur-Messe

Der Gemeinnützige Friseur-Gehilfen-Verein Groß-Berlin 1924 e. V. hat gestern mittag in der Schloßbauerei Schöneberg in der Hauptstraße eine Fachmesse für das Friseurgewerbe Groß Berlins und die Provinz Brandenburg eröffnet. Unter feierlichem Zeremoniell wurde die Bühnenfront enthüllt, mit feinen Kämmen bewaffnet standen die Gehilfen hinter und ordneten liebevoll die Löckchen, die durch den Transport in der Hülle ein wenig in Unordnung geraten waren. Wohlgerüche aus allen Parfümerien des In- und Auslands erfüllen die Messe mit duftgeschwängerter Atmosphäre. Tausende Spiegeln und Wasserpartituren blicken die Gesichter der prominenten Messebesucher lächelnd zurück. Es ist solch erlesener Kunstwahl wohl nicht so leicht wieder beisammen sein wird.

Die Ausstellung soll bis 28. November geöffnet sein. Nachmittags finden täglich in ihren Räumen Tee-Empfänge statt, die von den Damen des Vereins geleitet werden.

— E. F.

Vorträge über Gesundheitsfürsorge

Am letzten Donnerstag fand die Eröffnung des Winterkursus der Deutschen Gesundheitsfürsorgeschule im Hygienischen Institut der Universität Berlin statt. Professor Dr. Martin, Schriftführer der Deutschen Vereinigung für Säuglings- und Kleinkinderschutz, lobte die Ziele der Deutschen Gesundheitsfürsorgeschule und ging dann auf das Wesen der Gesundheitsfürsorge für die Erhaltung der Volksgesundheit hin. Danach eröffnete Abteilungsdirektor Dr. Schwede vom Hauptgesundheitsamt der Stadt Berlin den öffentlichen Vortragszyklus durch einen Vortrag: „Die Gesundheitsfürsorge in der neuen Gesetzgebung." Am Donnerstag, den 19. November, hält der Präsident des Kaiserin-Auguste-Viktoria-Hauses, Professor Dr. Langstein, ebenfalls im Hygienischen Institut der Universität Berlin, einen Vortrag über das Thema: „Die Umweltschäden im Kindesalter und seine Behütung." Beginn der Vorträge pünktlich 8 Uhr abends. Weitere Auskunft über die weiteren Vorträge und Kurse erteilt die Deutsche Gesundheitsfürsorgeschule im Kaiserin-Auguste-Viktoria-Haus, Charlottenburg 5, Fasanenstraße 3, Telephon: Wilhelm 5132.

Veranstaltung der Industrie

Die Stiftung „Kinderhilfe E. V." Berlin hatte zu einer Wohltätigkeitsveranstaltung im Ufa-Theater, Tauentzienpalast eingeladen, die mit einem Filmausschnitt aus „Wege zu Kraft und Schönheit" eingeleitet wurde. Dann bot die Tanzgruppe Grimm-Reiter interessante Gruppenbilder, die durch rhythmische Bewegungen belebt wurden. Otto Gebühr sang liebenswürdig und humorvoll Lieder zur Laute, Frau Julie Serbo-Junkermann sprach Goethe und Schönach-Carolaths Melodram „Tulamith" mit der Musik von Hans Hermanns, das von Kompositionen begleitet wurde.

Bau des Potsdamer Yacht-Clubs

Im Hotel Esplanade fand das diesjährige Winterfest des Potsdamer Yacht-Clubs statt. Eingeleitet wurde der Abend mit künstlerischen Vorführungen. Es bot sich dem zahlreichen Publikum eine Fülle von Ansichten, die die Bau- und Bootsmesse der Stadt und Frau Gertrud Bindernagel von der Staatsoper zur Verfügung gestellt hatten. Bei einem kurzweiligen Essen dankte Admiral Zenker, Chef der Marineleitung, im Namen der anwesenden Gäste dem 1. Vorsitzenden, Direktor Wrunsl, für seine Bereitstellungsräume und führte in längerer Ansprache aus, wie notwendig für Deutschland die Schaffung der Begeisterung sei und wie gerade der Geselligkeit hoch angetan ist, dieses Ziel zu erreichen. In gehobenster Stimmung nahm das Fest bei den lockenden Klängen der Kapelle v. Gizycki seinen Fortgang. Eine reich ausgestattete Tombola brachte prächtige Gewinne, darunter verschiedene See- und Luftreisen.

40. Jubiläum der Heilsarmee

Am Bußtag wird die Heilsarmee wieder besondere Versammlungen veranstalten. Zu Ehren des alten Generals finden diese immer im Zirkus Busch statt, diesmal soll man wieder den Sportpalast gemietet, und Frau Booth, die Gattin des Generals, wird nachmittags 3½ Uhr einen Vortrag über das Thema: „Die Heilsarmee und die Probleme der Gegenwart" halten und abends 7½ Uhr eine Versammlung leiten. Die Veranstaltung fällt diesmal mit dem 40. Jubiläum der Heilsarmee zusammen, so daß ferner am Montag, den 15. 3. M., abends 8 Uhr, eine Versammlung im Saalbau Friedrichshain stattfindet. In der Woche vom 14. bis 20. wird auch in den Räumen der Kaufhäuser Tietz, Dresdnerstraße 34/35, ein Zeit der Ausstellung gezeigt werden, für die die Heilsarmee auf der Gesolei den Preußischen Staatspreis erhielt.

Der Ankauf des Ritterguts Düppel

Die Pläne des Magistrats

Die seit einigen Jahren geführten Verhandlungen über die Erwerbung des dem Prinzen Friedrich Leopold von Preußen gehörigen Rittergutes Düppel sind zum Abschluß gekommen. Wie wir hören, hat der Magistrat den Ankauf des 3000 Morgen großen Geländes zum Einheitspreise von 1,45 Millionen Mark bestimmt. Es ergibt sich daraus ein Gesamtkaufpreis von rund 4 Millionen Mark. Die finanzielle Wirkung des Kaufes soll für die Stadt Berlin dadurch erträglich abgeschwächt werden, daß einem langfristigen Amortisationshypothek von 9 Millionen Mark zugesichert 8% Zinsen aufgenommen wird, in deren Gegabe sich eine große hiesige Hypothekenbank bereitserklärt hat. Ferner wird auch das Kaufpreis das hypothekarische Darlehn aufgerechnet, das die Stadt Berlin schon vor etwa zwei Jahren in Höhe von 2½ Millionen Mark dem Prinzen Friedrich Leopold gegeben hat. In dem Gelände gehört auch die Siedlung Dreilinden; jedoch wird das Kaufpreis Dreilinden nicht mit verkauft, sondern bleibt dem Prinzen Friedrich Leopold.

Von den 3000 Morgen entfallen 2000 Morgen auf den Waldbestand der Wannsee Forst. Hier soll als Freiliche und Dauerwald zur Erholung der Groß Berliner Bevölkerung erhalten bleiben, als denselben Zwecken dienen wie die anderen Dauerwaldgebiete Groß Berlins. Das übrige Gelände soll nach einem weitläufigen Bebauungsplan angelegt und mit umfangreichen Wasserversorgungen versehen werden. Die Stadtverordnetenversammlung wird sich bereits demnächst mit dieser großen Vorlage des Magistrats befassen müssen. Den Verwaltungen soll die Schwierigkeiten, die der vorwiegenden Umgemeindung aus dem Kreise Teltow entgegenstehen, dank den Vorbereitungen der Magistratsfinanzämter weitestlich eingeschränkt werden sein. Auf der anderen Seite sind von dem Prinzen Friedrich Leopold nach Verhandlungen mit den Staatsbehörden zu führen, da die Herrschaft Düppel sich demnächst selbst gebunden ist.

Die Stadträtinnen Mugdan und Reimann †

Die beiden Stadträtinnen und ehemaligen Stadträte Otto Mugdan und Georg Reimann sind nach längerer Krankheit gestorben. Lange Jahre hindurch haben sie im alten Berliner Magistrat zusammen gearbeitet. Otto Mugdan, als beschließender Senator erst Personaldezernent und später Leiter des städtischen Versicherungsamts, stand im 72. Lebensjahre. Er war eine bekannte und geachtete Persönlichkeit im Berliner Kreise, mit dem er erst in Breslau, und dann in Berlin gemeinsam tätig gewesen war. Georg Reimann, vorzeitig ausgeschiedener Stadtrat, ist 70 Jahre alt geworden. Er war besonders in der Berliner Kaufmannschaft eine bekannte Persönlichkeit und hat sich um die Zurückgewinnung verdient gemacht.

Vielfache Anfragen geben Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß Mittwoch, den 17. November (Buß- und Bettag) der zweite Sonntag Luftverkehr der Deutschen Luft-Hansa Feinerle Einschränkung erfährt.

Kunkaution in München! Am 30. November 1926 findet durch das Theater, München, Blumenstraße 15, eine Verkaufsraum wiederner Gemälde-Ausstellung und Gemäldeschätzung aus rein- und indeutschen Beiträge, dabei auch ihren Nachlaßes des Juristen- und Zeitschriften Überbauzeiten Blatt Schulze-Regensburg-Partenkirchen, statt. Ein besonderes Interesse fand ein bisher unbekanntes gemeinsames „Bildnis eines jungen Mädchens" von Anton Neuerbach erwecken. Das Bild ist etwa um 1848 in Zusammenarbeit entstanden. Von Canon v. Matzen ist eine Auffassung von „Weibsjaer" vertreten. F. v. Uhde „Alter Mann", ebenso die „Orientalen" von 1923 und als bedeutende Erscheinungen zu bezeichnen: aus dem Jahre 1910 sind „Zwei Engel" als Zeitgeist, zu „Bauerlich Gemütlichkeit" zu nennen, Carl Spitzweg „Belauschtes Liebes Mädchen", „Bodenkatzenjagd" mit Ring" und eine feine Serie „Landschaft" bestehen gleichwertige Qualitäten; eine „Kreiterjagd" — gemalte Zeichnung — und ein Skizzenbuch Spitzweg dürften ebenfalls Interesse erwecken. Lorenzo Lotto ist „Lining Mary Joseph I. mit Kindern Marcolino und Kreuzgrieffin Maria Theresia" bestellt, wie die Dobelitz bei einem Bauern ein Gegenstück zu Gabe sind. Heimerzheim ist F. Bürkel mit dem „Hochdeutschen" und einer „Oberbayer. Landschaft", ferner A. Schick ist ein mit feinen empfindenen „Stimmungsmäßendschaften aus dem Moos mit Pferdeschaft", einer feinen „Herbstlandschaft" und einer Arbeit aus früherer Zeit „Hochgebirgslandschaft" zu nennen. Sie mit Werke von „Einsiedler" und „Bauer" und „Oberbayer", Bunsingmuseum wieder noch zu nennen: H. Achenbach, Th. Alt, J. Bauer, W. v. Bode, Th. C. Gehrke, A. Gropmeister, G. v. Habermann, C. Hartmann, A. v. Hagn, eine Bronze von Th. Th. Geiser, C. v. Gert-Terrone, H. Knaibach, St. v. Kalckreuth, zwei größere Kompositionen von C. Kronberger, F. v. Lenbach mit Jugendarbeiten, W. Leistikow, H. Naumann, Verlag, Rud. Schick, A. B. Schirmer, Fr. Volz, R. Weishaupt, J. Bergheim, J. Wagtmans, Alfr. und Ernst Zimmermann. Der mit 15 Abbildungen versehene Katalog, welcher Mitte November zur Ausgabe gelangt, Preis 2 Mark, gibt eingehenden Aufschluß. Katalog und Auskünfte durch Hugo Helbing, München, Wagmüllerstraße 15.

J. P. H. HAGEDORN & Co
BERLIN
FRIEDR.-EBERT-STR. 14, Ecke VOSS-STR. am POTSDAMER PLATZ
empfehlen aus ihrem grossen Auswahl anerkannt guter Zigarren die Sorte
ETAPPE zu 12 Pfg.
besonders preiswert, Sandblatt
J. P. H. HAGEDORN & CO. HAMBURG BERLIN
Weitere Verkaufsstellen: Bayreuther-Str. 22 / Post-Ecke Köthener-Str. 35 und Rhein-Str. 18 / Friedenau
Gegründet 1842.

Staubsauger aller Systeme
Gegen 12 Monats-Raten
P. RADDATZ & Co

Kaufe! Getragene Herrengarderobe jeder Art zu hohen Preisen. Schmarsack, Elsässer Str. 109. Mar. 10099.

Herrengarderobe! Buchstabenhemden Gestrickt. Unterhosen Kohne, Charlottenburg, Goethe-Str. 60. Steinplatz 2077.

Gebr. Herrengarderoben aller Art kauft höchstzahlend Durchfurm, Königsberger Straße 11. Tel.: Königsh. 7825.

Albert Rosenhains neueste hochelegante Gliederbügeltasche
in gemarbeitem gutem Leder, all Moden, Farben (vergold. Buchstabe 1 Reichsm.) 6.75
in schönem farbigen Sammet mit messingpolierterm Schwanzriebügel 10.75
in bestem braunen Nappaleder m. durablem imit. Schildpattbügel 17.50
Albert Rosenhain Berlin Leipziger Straße 72-74 Kurfürstendamm 232
Illustrierte Preisliste Nr. 19 auf Wunsch kostenlos

Oefen und Herde
Die alte Spezialfabrik
Semmler & Bleyberg A.-G.
S. 14. Dresdener Strasse 93

Moderne Sessel mit prima Polsterung von Mk. 40.— an
Polster- und Ledermöbelfabrik R. Lomsner, Schlossberg, Hauptstrasse 151. Gottesstrasse 14. W. 50, Augsburger Strasse 49.

Neu! Kukirol Hühneraugen-Binden ohne Pflaster. Garantiert kein Zwang, auch keine Schmerzen. Packung mit 8 Binden Mk. 60 Kukirol Hühneraugen-Mittel in bekannter Güte und Wirkung. Preis von nur 1.25 inkl. Packung. Ja, Bad, Salben, Apotheken u. Drogerien, ebenso

Tanz ist Ausdruck gesteigerter Lebensfreude.
Ermüdung und Hitze gelten den Tanzenden nichts, erquickt sie „4711". Der Genuß des Festes wird durch ihre liebliche Kühle und Belebungskraft erhöht. Die anmutige Partnerin mit „4711" zu bedienen, ist des Tänzers vornehmste Pflicht.
Nur echt mit der ges. geschr. „4711" (Blau-Gold-Etikette). — Seit 1792 stets in der gleichen, unübertroffenen Güte nach altbewährtem Original-Rezept.
No 4711. Kölnisch Wasser
4711 Kölnisch Wasser-Seife * 4711 Kölnisch Wasser-Badesalz

Stellenmarkt
Wegen Auflösung des Haushalts wird für äußerst tüchtigen bestbewährten Küchenchef für bald andauernde Stellung gesucht. Persönl. in allen Fächern der fe

A1 B2 A2 B3 A3 B4 A4 B5 A5

Volkswirtschaftlicher Teil

Der Kampf um die Mehrstimmenrechtsaktie

Von

Rechtsanwalt **Dr. A. Barth**

In Nr. 606 dieser Zeitung schrieb Dr. Paul Nassen über „das Problem der Mehrstimmrechtsaktie". Seit diesem Zeitpunkt ist die Debatte dieser Frage in starkem Masse weitergegangen. Der Deutsche Juristentag in Köln beschäftigte sich mit ihr. Die Kommission, die er einsetzte, hat ihre Arbeiten begonnen, und schliesslich sprach Schlegelberger, der zuständige Bearbeiter im Reichsjustizministerium, im Rahmen eines Vortrages über Probleme des Aktienrechts auch eingehend über diese Frage.

Wer sich die Bedeutung der Frage klarmachen will, muss berücksichtigen, dass nach statistischen Feststellungen die Mehrheit Deutschen Aktiengesellschaften neben ihren Stammaktien über Aktien mit Mehrstimmrechtsvorrechten verfügt. Diese Erscheinung ist um so bedeutsamer, wenn man bedenkt, dass in der Vorkriegszeit es derartige Aktien in Deutschland so gut wie überhaupt nicht gab. Dass sie in wenigen Jahren so überhandnehmen konnten, wäre ohne die völlig anormalen Zustände der Inflationsperiode wohl niemals denkbar gewesen. Damals begann man zunächst zum Schutz gegen Aufkäufe aus dem Ausland („äussere Ueberfremdung") Mehrstimmaktien auszugeben. Da es eine neutrale oder staatliche Stelle, der man diese Aktien hätte zutheilen können, nicht gab, so war das naturgemäss, sie den Organen der betreffenden Gesellschaften selbst zu übergeben. Als die Verwaltungen erkannten, welche Macht damit in ihre Hände geliegt war, begannen sie solche Aktien auch an Gesellschaften auszugeben, an denen das Ausland gar kein Interesse hatte. Vielfach wurde hierbei darauf hingewiesen, dass immerhin die Möglichkeit bestehe, dass inländische Kapitalisten die Mehrheit erwerben und dann so gewonnenen Einfluss zum Schaden der Kleinaktionäre ausnutzen könnten („innere Ueberfremdung").

Noch während und vor allem kurz nach der Inflationszeit begann man zu erkennen, welch zweischneidiges Schwert die Mehrstimmenaktie ist. Ursprünglich geschaffen zum Besten der Gesellschaft, kehrt sie ihre Schärfe leicht im entscheidenden Moment gerade gegen diese. Wer allein den Katalog liest, den Horwitz in seiner Schrift „Schutz- und Vorzugsaktien" (Mannheim 24 II.) zusammenstellt, der muss sich verwundert fragen, wie es möglich ist, dass eine Institution, die erst seit so wenigen Jahren „zum Besten der Gesellschaften" geschaffen ist, schon jetzt so vielfach und so unverhüllt missbraucht werden konnte. Von mangelnden Auskunfts- Erteilung an die Stammaktionäre angefangen, über die Zuteilung unzulässig billiger junger Aktien an die Verwaltungskreise bis zur Herbeiführung der Ueberfremdung durch Verkäufe der Mehrstimmenaktien an einen Grossaktionär listen finden sich fast sämtliche denkbaren Formen des Missbrauchs hier als tatsächlich geschehen unter Nennung der betreffenden Gesellschaften zusammengestellt.

Das Reichsgericht, das in einer ganzen Anzahl von Fällen zu entscheiden hatte, hat, wie man leider feststellen muss, in dieser Frage nicht dasjenige Mass an Wirtschaftsverständnis gezeigt, das in anderen Punkten in den letzten Jahren vielfach in erfreulichem Masse zu beobachten war. So muss es z. B. wundernehmen, wenn das Reichsgericht in einer im Jahre 1921 ergangenen Entscheidung das zulässige Mass nicht als überschritten ansieht, weil den 16 000 Vorzugsstimmen immer noch 18 000 Stammaktien gegenüberstünden. Man kann darüber streiten, ob die Quantität der bevorzugten Stimmen überhaupt einen Anhaltspunkt für ihre rechtliche Zulässigkeit abgeben soll oder nicht. Wenn aber das Reichsgericht in dieser Argumentation implizite durchblicken lässt, dass es dieser Frage eine entscheidende Rolle beilege, dass man aus es als erstaunlich bezeichnen, dass das hier vorliegende Stimmverhältnis noch nicht als unzulässig erachtet wurde, Drakisch würde dies bedeuten, dass annähernd 90 % aller Stammaktionäre in der Generalversammlung anwesend sein und geschlossen gegen die Ansicht der Vorzugsaktionäre stimmen müssten, um den wenigen Besitzern der Mehrstimmaktien ein Paroli zu bieten. Wenn dies dem Reichsgericht noch als ausreichende Abhilfe erscheint, dann weiss man allerdings nicht, wie die unzulässige Zahl der Vorzugsstimmen beginnen sollte.

Nachdem in solchen und ähnlichen Entscheidungen das höchste Gericht seine Hilfe versagt hatte, blieb denjenigen, die den Kampf gegen die Mehrstimmenaktien führen wollten, nichts übrig, als der Ruf nach der Gesetzgebung. In ihren Vorschlägen gehen freilich die Kämpfer weit auseinander. Während diejenigen, die für die Beibehaltung der Mehrstimmenaktien eintreten, eine einheitlich gefasste Grenze ablehnen, sind die Oppositionellen zerspalten in solche, die ihre radikale Beseitigung verlangen, andere, die sich mit der Ausgabe an eine neutrale Stelle begnügen wollen, wieder andere, die von Staatsaufsicht das Heil erwarten, solche, die schon in einer Verstärkung der Publizitätsrechte der Aktiengesellschaft eine Hilfe sehen und schliesslich solche, die die Begebung von Mehrstimmenaktien in irgend einer Weise, sei sie zeitlich, sei es in bezug auf die Rechte der Mehrstimmenaktionäre, beschränken wollen.

Will man in diesem Streit Stellung nehmen, so muss man sich zunächst klarmachen, welches die für das Mehrstimmenrecht sprechenden Gründe sind. Es soll zur Bekämpfung der „inneren" oder „äusseren" Ueberfremdung dienen. Nach unserer Ansicht ist der Schutz gegen die innere Ueberfremdung mit dem Wesen der Aktiengesellschaft nicht vereinbar. Es ist ja heute schon vielfach ihm lästend erscheinendes Gewerbe nicht betreiben kann, der muss sich damit abfinden, Fremde an seinem Unternehmen zu beteiligen. Ob dies in der Form der offenen Handelsgesellschaft, der G. m. b. H. oder der Aktiengesellschaft geschieht, wird von manchmal recht nebensächlichen Erwägungen abhängen. Allen diesen Gesellschaftsformen ist jedoch gemein, dass die daran Beteiligten das Risiko in vollkommen gleicher Weise tragen. Anders ist es bei der Kommanditgesellschaft und der Kommanditgesellschaft auf Aktien. Bei diesen stehen auf der einen Seite Menschen, die mit ihrem gesamten Vermögen für die Verbindlichkeiten des Unternehmens haften, während die anderen Beteiligten nur in beschränkter Höhe haften. Hier ist es daher innerlich berechtigt, dass diejenigen, die grösseres Risiko auf sich nehmen, auch auf die Führung der Geschäfte einen ausschlaggebenden Einfluss haben. Bei den anderen Unternehmungen jedoch würde es der Gerechtigkeit widersprechen, wollte man Beteiligte, deren Risiko vollkommen gleich liegt, in verschiedenartiger Weise privilegieren bezw. hintansetzen.

Es gibt Beispiele, die solche Erwägungen als im Wirtschaftsleben unangebracht betrachten. Wir teilen diese Ansicht nicht und glauben, dass auch im Wirtschaftsleben die Gerechtigkeit oberstes Prinzip sein muss. Aber jenen Skeptiker sei gesagt, dass auch praktische Erwägungen durchaus zum gleichen Ergebnis führen. Was heute sich als Vorzug der Mehrstimmenaktie darstellt, morgen sehr Spitze gegen ihn. Wir haben gesehen, dass Vorzugsaktien bereits heute in Einzelfällen gerade zum Schutz gegen die „innere Ueberfremdung" herbeiführten. Darüber hinaus: Schon Sonntag in seiner interessanten Schrift „Die Aktiengesellschaft im Kampf zwischen Macht und Recht", die, weil 1918 erschienen, die mehrstimmigen Vorzugsaktien noch kaum berücksichtigt, führt eine Reihe von Fällen an, in denen die Majoritätsbesitzer von Aktiengesellschaften den Vorstand zwangen, verlustreiche Geschäfte abzuschliessen, weil dies anderen Gesellschaften, an denen sie grösseres Interesse hatten, zugute kam. Das ist ein Vorgang, der bei jeder Gesellschaft geschehen kann, solange das Reichsgericht nicht, wie Sonntag mit Recht fordert, unter Ausbau gewisser Ansätze seiner Judikatur einen Riegel vorschiebt. Aber wie verwirklicht ist diese Gefahr, wenn es sich um Menschen handelt, die ihren Einfluss nicht dem Mehrheitsbesitz, sondern einer der Kapitalshöhe nach ganz belanglosen Basis mit Mehrstimmenaktien verdanken. Sie können unter Ausnutzung ihrer Macht die Gesellschaften zu Verträgen zwingen, die, wirtschaftlich betrachtet, ruinieren, während sie einer anderen von ihnen kontrollierten Gesellschaft reichen Nutzen bringen. Sie riskieren ja nichts, selbst wenn die Aktiengesellschaft zugrunde geht, denn das, was sie verlieren, sind wenige Tausend Mark. In der Tat, wenn diese „Legitime", d. h. trägt derjenige, der die Mehrheit bei Entscheidungen hat, auch wirklich die Mehrheit des Risikos, so werden die Fälle, wo dies immer zu den Ausnahmen gehören. Bildet es sich aber heraus, dass die Gesellschaften Mehrheiten werden durch solche, die nichts oder fast nichts vom Risiko mittragen, so ist dem Ruin der Gesellschaften Tür und Tor geöffnet.

Lässt sich dies durch Uebertragung der Vorzugsaktien an neutrale oder staatliche Stellen meiden? Dies muss verneint werden. Neutrale Stellen sind zwar zu finden, man wird vor allem an die Treuhandgesellschaften denken. Aber diese können das Stimmrecht ja immer nur in einer Weise ausüben, die bei Schaffung der Aktien ihnen festgesetzt ist. Wie soll diese Marschroute sein, damit wirklich Abhilfe geschaffen wird? Welches soll z. B. die ein für allemal gegebene Anweisung sein für die Besetzung der Aufsichtsratsposten, für die Entscheidung bei etwaigen Fusionen und Interessengemeinschaftsverträgen oder ähnlichen Fragen? Und dächte man wiederum nicht an eine von vornherein getroffene Verteilung, sondern an Personen, die nach jeweiligen Entscheidung nach eigenem Ermessen überlassen, so werde dies bedeuten, dass man die Gesellschaften abhängig macht von Stellen, die auf Grund ihrer ganzen Struktur gezwungen sind, bürokratisch formalistisch zu arbeiten, und deshalb Entscheidungen gar nicht gewaltigen sein können. Und staatliche Stellen? Wir denken, das gesamte Aktienwesen hat keine so übermässig guten Erfahrungen in den Zeiten der staatlichen Bewirtschaftung gehabt, dass es sich nach ihrer Rückkehr schnell sollte. Nicht zuletzt hat die kurze Periode der Kriegs- und Nachkriegszeit, innerhalb deren dem Staat eine Kontrolle über Gründungen und Kapitalerhöhung von Aktiengesellschaften übertragen war, gezeigt, dass die staatlichen Stellen diesen Aufgaben nicht gewachsen sind.

Quantitative oder qualitative Beschränkung, der gegen einen Widerspruch sich selbst verbietet, wird Beschränkung soweit durchgeführt, dass die Möglichkeiten der Missbräuchen verhindert werden, dann haben die Mehrstimmenaktien auch nicht die nötige Kraft, um das zu verhindern, was ihre Befürworter wollen. Oder aber man gibt ihnen diese-Macht, dann ist die Beschränkung nicht weitgehend genug, um Missbräuche zu hindern. Angesichts

Es bleibt der Einwand der sogenannten äusseren Ueberfremdung, mit dem gegenüber nicht auseinandergesetzt haben. Dies Argument war während der Inflationszeit von ausserordentlicher Bedeutung und durfte vor allem durchaus berechtigt, dass ein Abwehrmittel, wie das der Mehrstimmenaktie sich bildete. Nicht etwa weil die politische Gefahr der äusseren Ueberfremdung damals eine so grosse gewesen wäre. Ich glaube, dass man sie überschätzt. Sowohl sie aber wirklich vorhanden war, wie das Mittel der Mehrstimmenaktie wirkungslos gewesen, weil die Entente, wenn sie uns die Aktien hätte wegkaufen wollen, hätte diktieren können, auch die Macht besessen hätte, diesen Aktien das unverzügliche Stimmrecht zu sichern. Die Gefahr lag vielmehr in dem, was wir an dem ausländischen Hausbesitz in Deutschland erlebt haben. Wer für wenige Pfennige sich Goldwerte in Deutschland kaufen konnte, bei dem war völlig unbesorgt, was er mehr mit diesem Vermögen tat. Ob er sich gar nicht mehr um sie kümmerte oder ob er irgend welche wirtschaftlich vielleicht ganz unsinnigen Pläne mit ihnen durchführt hätte, „weil ihn der ganze Spass ja doch nichts kostete", das wäre nicht vorauszusehen gewesen. Es ist heute Tatsache, dass auch in Wirklichkeit keine gleiche Verteilung des Risikos vor, weil die deutschen Aktienbesitzer ihnen zum Teil noch nicht, zum Teil jedenfalls mit der inneren Kaufkraft der Mark gekauft hatten, während die Ausländer nur die Auslandsmark aufzuwenden brauchten, um sich die gleichen Werte zu sichern.

Heute, wo dieser Teil der Frage ausgeschaltet ist, ist die ganze Gefahr der äusseren Ueberfremdung mit einem Schlage wesentlich gemindert, ja kann sich heute um einige wenige Industrien handeln, vor allem um diejenigen, die unter Monopolcharakter oder Trusts in Charakter haben, bei denen mit der Befürchtung einer äusseren Ueberfremdung zu rechnen ist. Für diese wird man sagen müssen, darf man aber nicht für das gesamte Aktienrecht Anomalien, die weit grösserer Gefahren in sich bergen, zulassen. Will man dieses Problem regeln, so tue man es in ähnlicher Weise wie es im Patentgesetz vorgesehen ist, d. h. auf unserer Verhältnisse übertragen, mit gebe dem Reich die Möglichkeit, in den wenigen Fällen, in denen höher zu definierenden Gefahren der Ueberfremdung vorliegen, einen Kommissar mit bestimmten ung umgrenzten Befugnissen dem Aufsichtsrat beizugeben, dessen Machtvollkommenheit dann aber so zu beschränken, dass sie wirklich nur die Ausübung der äusseren Ueberfremdung zu bekämpfen bestimmt ist.

Kommen wir so zu dem radikalen Ausshilfsmittel, die Mehrstimmenaktien vollkommen zu beseitigen, so wird man sich klar darüber, dass hierfür geraume Frist wird gegeben werden müssen. Demgemäss erscheint es notwendig, dass vorher noch etwas anderes geschieht. Es müssten die Zulassungsstellen, die ja heute schon einen gewissen Eindämmung der Mehrstimmenaktie hinwirken, eingreifen und verlangen, dass bei jeder im Kursverzeichnis zu notierenden Aktie in irgend einer Form kenntlich gemacht würde, ob es sich um eine Gesellschaft handelt, die Mehrstimmenaktien ausgegeben hat oder nicht. Dieser heutige Nomenklatur ist in dieser Beziehung irreführend. Wir nennen die Mehrstimmenaktien, die ja gesetzlich Vorzugsaktien sind, Stammaktien, und diesen Namen und nennen die anderen Aktien Stammaktien. Richtiger wäre es, in Fällen, in denen Vorzugsaktien vorhanden sind, die Stammaktien als Nachzugsaktien zu bezeichnen, damit jeder, der mit dieser Aktie etwas zu tun bekommt, sofort weiss, dass es sich um Aktien handelt, denen besser berechtigte Aktien gegenüberstehen. Das würde einmal dazu führen, dass sofort jeder eine ganze Reihe von Gesellschaften — wie es einige bereits heute getan haben — von einer in einer Aktiengattung der Vorzugsaktien käme. Und es würde den weiteren Vorteil haben, dass jeder, der in Zukunft Aktien dieser Gesellschaften kauft, weiss, was er tut und es bis zu gewissen Grenzen sich selbst zuzuschreiben hat, wenn die Gesellschaften sich in Nachteile stürzen. Mit der Mehrstimmenaktien Nachteile erledigt. Gesunde Zustände wird aber erst die volle Beseitigung des Mehrstimmenrechts bringen.

Zu den Verhandlungen über eine Reichsbahnaktiengesellschaft. Seit einiger Zeit verlautet von Anlehnungen des Zentralverbandes Deutscher Haus- und Grundbesitzervereine bezw. der beiden mit ihm arbeitenden Banken: Zentralbank für deutschen Handel (Direktor Jacob Schmitz) und Bayerische Bank (und Hausbesitzervereine A.-G.) und Deutsche Hauptbank für Hypothekenbau A.-G.) Die Anleihe verfolgt den Zweck, es den Hausbesitzern zu ermöglichen, sich für Erfüllung der Pflichten der Aufwertungsgesetze, die sich bis im Jahre 1932 die Mittel zu beschaffen bezw. die Rückzahlung langfristiger und über einen längeren Zeitraum verteilt zu leisten, ausreichende Gelder aus der Anleihe auch Mittel für die Instandsetzung der Gebäude, die sich schon jetzt gezeigt werden. Der Betrag, der genannt wird, stellt sich auf die bedeutende Summe von 100 Mill. R.-M. Die Gesellschaft im Kampf zwischen Macht und Recht", die, weil 1918 erschienen, die mehrstimmigen Vorzugsaktien noch kaum berücksichtigt, führt eine Reihe von Fällen an, in denen die Majoritätsbesitzer von Aktiengesellschaften den Vorstand zwangen, verlustreiche Geschäfte abzuschliessen, weil dies anderen Gesellschaften, an denen sie grösseres Interesse hatten, zugute kam. Das ist ein Vorgang, der bei jeder Gesellschaft geschehen kann, solange das Reichsgericht nicht, wie Sonntag mit Recht fordert, unter Ausbau gewisser Ansätze seiner Judikatur einen Riegel vorschiebt. Aber wie verwirklicht ist diese Gefahr, wenn es sich um Menschen handelt, die ihren Einfluss nicht dem Mehrheitsbesitz, sondern einer der Kapitalshöhe nach ganz belanglosen Basis mit Mehrstimmenaktien verdanken. Sie können

Oberbedarf — Donnersmarckhütte

Befriedigendes Fusionsangebot

Zu der bereits angekündigten Verschmelzung der Donnersmarckhütte Oberschlesische Eisen- und Kohlenwerke A.-G. mit der Oberbedarf A.-G. Eisenbahnbedarf A.-G. Gleiwitz, die so erfolgen soll, dass gegen sechs Donnersmarckhütte-Aktien fünf Oberbedarfs-Aktien ausgegeben werden, wird von zuständiger Seite folgendes mitgeteilt:

Wie bekannt, ist beabsichtigt, die Donnersmarckhütte Oberschlesische Eisen- und Kohlenwerke A.-G. Hindenburg, mit der Oberschlesischen Eisenbahnbedarfs-A.-G., Gleiwitz, zu verschmelzen. Damit findet eine bereits vorhandene Interessengemeinschaft zwischen den beiden Gesellschaften ihren Ausdruck. Die zuständigen Generalversammlungen finden am 9. Dezember in Gleiwitz statt. Das Umtauschverhältnis ist so gedacht, dass für nominell 500 R.-M. Donnersmarckhütte-Aktien nominell 600 R.-M. Oberbedarf-Aktien gegeben werden sollen. Dieses Umtauschverhältnis wird voraussichtlich nach unseren Werten beider Gesellschaften als für die Donnersmarckhütte-Aktionäre günstig bezeichnet werden. Oberbedarf hat gegenwärtig ein begebenes Kapital von nominell 12,7 Mill. R.-M. und dürfte genau wie Donnersmarckhütte-Aktien bei Donnersmarckhütte-Aktien besitzen. Ausserdem aber besitzt die Oberbedarf-A.-G. die auch der Donnersmarckhütte-Aktion mit der Vereinigte Oberschlesische Hüttenwerke A.-G., Gleiwitz, heute im wesentlichen eine Kriegs- und Nachkriegsgesellschaft bedeutende Quantitäten an Mehl sowohl nach den Verbrauchsgebieten Deutschland und Polen wie nach Frankreich exportiert wurden; Gestehe kam für den Export kaum in Frage. Im verflossenen Geschäftsjahr wurde jedoch etwas ein im Gewinn fallendes Quantum nach Polen und nach Frankreich, dagegen war der Export an Weizen ganz bedeutend. Vom Frühjahr bis zur neuen Ernte fehlte es infolgedessen an nennenswerten Weizenbeständen, so dass man aus anderen Absatzbezirken Ersatz schaffen musste. Bei diesen Geschäften ergaben sich stellenweise Verluste. Der im Vorjahre angekündigte Mühlenumbau ist in diesem Jahre fertiggestellt und seinem Zweck zugeführt worden. Die Bilanz verzeichnet eine Verbesserung, wobei in der Bilanz sind Akzeptverpflichtungen mit 27 865 (1925) R.-M. ausgewiesen, Kreditoren mit 53 461 (17 793) R.-M. Auf der anderen Seite erscheinen Debitoren mit 299 565 (297 869) R.-M. Bankguthaben sind auf 13 940 (117 141) R.-M. zurückgegangen. Vorräte werden mit 401 948 (196 184) R.-M. bedeutend höher ausgewiesen.

Boden-A.-G., Charlottenburg-West. Die Generalversammlung genehmigte die Jahresrechnung für 1925 und beschloss, den Verlust von 19 654 R.-M. auf neue Rechnung vorzutragen. Im Geschäftsbericht wird mitgeteilt, dass sich die Geländebesitz des Unternehmens im verflossenen Jahre nicht wesentlich geändert hat. Die Bebauung des Geländes werde im Frühjahr nächsten Jahres beginnen werden; Verhandlungen über den Verkauf seien im Gange. Die Bilanz verzeichnet als Grundstückskonto mit unverändert 1 Mill. R.-M. Kasse Bern Simon u. Co. mit 13 067 (3125) R.-M. und auf der Passivseite Wohnungsfürsorgegesellschaft Berlin m. b. H. mit 25 029 (—) R.-M.

Die Reichseinnahmen im Oktober. Nach der Uebersicht über die Einnahmen des Reichs aus Steuern, Zöllen und Abgaben im Oktober beträgt die Gesamteinnahme dieses Monats 741 034 097 R.-M. gegenüber 544,9 Mill. im September, 651,4 Mill. im August und 708 Mill. im Juli. Insgesamt sind in den bisherigen sieben Monaten des laufenden Rechnungsjahres 4 100 644 815 R.-M. aufgekommen bei einem Jahresvoranschlag von 6 555 000 000 R.-M.

Die starke Steigerung der Einnahmen gegenüber dem Vormonat erklärt sich ohne weiteres daraus, dass in diesem Monat die für das Reich wichtigsten Steuern fallen. Daher resultiert die Mehreinnahme auch nur aus den wichtigsten Steuern. Es sind dies die Zölle und Steuern, die von 381,5 auf 523,6 Mill. R.-M. gestiegen sind. Unter diesen Steuern sind es insbesondere hauptsächlich die Umsatzsteuer und die Einkommensteuern von 20,6 auf 168,7 Mill. gestiegen sind, während die Steuererträgnisse aus Kapitalsteuern unverändert von 90,2 auf 90,9 Mill. zunahmen. Die Körperschaftssteuer hat eine Steigerung von 20,6 auf 26,1 Mill. zu verzeichnen. Von 60 auf 57,9 Mill. R.-M. zurückgegangen. Die Gesellschaftssteuer stieg weiter von 4 auf 7,8 und die Wertpapiersteuer von 1,9 auf 2 Mill. R.-M. Bemerkenswerte hat die Börsenumsatzsteuer einen Rückgang von 7 auf 5,2 Mill. aufzuweisen, was zum den Rückgang der Zeichnungen auf Reichsanleihe dürfte, dass das Gesetz in den einzelnen Werten sich aus Bilanzmangel nicht mehr ausnutzen lässt, schränkte. Die Weinsteuer stieg von 2,7 auf 3,2 Mill. R.-M. Unter den einmaligen Beiträgen und Verbrauchsabgaben ist die Zuckerabgabe, die aus dem Branntweinmonopol von 19,9 auf 14,9 Mill. gesunken. Von den anderen Abgaben ist die Biersteuer von 5,1 auf 4,8 Mill. R.-M. aus dem Branntweinmonopol von 19,9 auf 14,9 Mill. gesunken. Von den anderen Abgaben ist die Biersteuer von 5,1 auf 4,8 Mill. R.-M. zurückgegangen, während die Schaumweinsteuer sich mit 255 481 (241 178) Reichsmark unverändert erhöhte.

Rückgang der Hopfenernte trotz erhöhter Anbaufläche. Die Hopfenernte im Deutschen Reich dürfte nach der Schätzung vom Mitte September 25 230 ds bei einer Gesamtanbaufläche von 14 169 ha. Der durchschnittliche Ertrag dürfte 1,5 Zentner pro Ha betragen. Es betrug der Gesamtertrag fast doppelt soviel wie in laufenden Jahre, nämlich 48 239 ds bei einer Anbaufläche von 15 475 ha. Der durchschnittliche Ertrag betrug 3,9 dz. Nach der Statistik ist das laufende Jahr das ertragreichste Hopfenjahr seit langer Zeit, wobei darauf hingewiesen werden muss, dass die Hopfenernte der Vorkriegsjahre unter Umständen als die jetzige Hopfenernte bezeichnet werden dürfte, dass das Gesetzt in den einzelnen Werten sich aus Bilanzmangel nicht mehr ausnutzen lässt. Die Weinsteuer stieg von 2,7 auf 3,2 Mill. R.-M. Unter den einmaligen Beiträgen und Verbrauchsabgaben ist die Zuckerabgabe, die aus dem Branntweinmonopol von 19,9 auf 14,9 Mill. gesunken. Von den anderen Abgaben ist die Biersteuer von 5,1 auf 4,8 Mill. R.-M. zurückgegangen, während die Schaumweinsteuer sich mit 255 481 (241 178) Reichsmark unverändert erhöhte.

Zulassungen zur Berliner Börse. Bekanntlich ist die Zulassung der neuangewandelte Vorzugsaktien (Prioritätsstammaktien) der Chemischen Fabrik Buckau zu Amandorf (Saalkreis); 2 Mill. R.-M. 8% hypothekarisch sichergestellte Teilschuldverschreibungen von 1926 der Conrad Spinner u. Weberei in Bunzlau u. Marklissa.

Liquidationskurse, 15. 11. Dt. Australier 183 (185), Hamb. Paket 154 (157), Hamburg Süd 195 (191), Hansa Lloyd 290 (290), Kosmos Dampf 196 (190), Nordd. Lloyd 176 (177), Allg. Dt. Lissen. 95 (91), Barmer Bkv. 150 (146), Berl. Handels 289 (254), Commerzbank 195 (180), Darmstädt. Bk. 266 (256), Deutsche Bank 188 (190), Discontogesellschaft 175 (179), Dresdner Bank 157 (160), Leipz. Cred. 140 (144), Mitteld. Credit 155 (155), Schlesischer 290 (279), Allg. El. Ges. 167 (167), Bergmann El. 164 (166), Berl. Masch. 115 (102), Bochum Guss 174 (179), Buderus 117 (115), Charl. Wasser 128 (119), Conti Gummi 123 (122), Deutsche Motor 110 (98), Dessauer Gas 166 (158), Dt. Luxemburg 174 (179), Dt. Erdöl 189 (189), Dt. Maschinen 125 (125), Dynamit Nobel 187 (185), Elektr. Lieferungsges. 157 (159), Elektr.-Lieferung 153 (161), L. G. Farbenind. 347 (335), Felten-Guille 166 (170), Gelsenk. Berg 177 (181), Ges. f. el. Unters. 176 (177), Hbg. El. Werke 142 (142), Harpener Berg 194 (194), Hoesch Stahl 156 (161), Holzmann 161 (160), Ilse Bergbau 240 (236), Kali Aschersleben 150 (159), Klöckenwerke 151 (156), Köln Neuessen 175 (176), Kolb Rotterdd 173 (166), Linke-Hofmann 96 (81), Ludwig Loewe 221 (210), Mannesmannröhr 189 (195), Mansfeld Berg 150 (148), Mannesmann 187 (188), Nordd. Auto 114 (107), Oberbedarf 119 (98), dto. Koks 149 (154), Orenstein 134 (128), Ostwerke 250 (247), Phönix Berg 186 (180), Rhein. Braunkohl 251 (253), Rheinstahl 173 (178), Rickele Monton 187 (187), Rütgerswerke 146 (138), Salzdetfurth 196 (188), Schubert El. 197 (196), Siemens-Halske 298 (300), Leonh. Tietz 128 (108), Transradio 132 (132), Ver. Stahl 193 (154), Westeregeln 168 (171), Zellstoff Waldhof 218 (208), Otavi Minen 41 (38).

Frankfurter Abendbörse, 15. 11. Im Abendverkehr war das Geschäft wieder ausserordentlich gering. Die Stimmung war vorwiegend Rheinstahl zu, die schliesslich bis 219 gefragt blieben, Dagegen zurückhaltend Farbenindustrie, was anscheinend mit Tauschoperationen von Farbenindustrie in Rheinstahl zusammenhängt. Die Verhandlungen über die Zusammenfassung der beiden Gesellschaften sollen schon ziemlich weit vorgeschritten sein. Man wolle wissen, dass der Umtausch von zehn Stahlvereinsaktien gegen sieben Farbenaktien vorgesehen sei.

Stark unverändert lagen Deutsche Reichsanl. 1—9 0.317%—0.315, 4 % do. Schutzgebietsanl. von 1913 18.45, 4 % Türk. (Bagdad) Ser 29%, 4 % do. Ser. II 25%, 4 % do. von 1905 16¼, 4 % von 1908 16¼, 4 % do. Zoll von 1911 17¼, 3 % Mexikan. 20¼, 4 % do. Inneres unabgest. 45¼, 3 % Mexikan. Silber abgest. 14¼—15, 4½ % do. irrigation abgest. 26½.

Berlin-Metz: Barmer Bankverein 149, Commerz u. Priv.-Bank 196, Darmst. u. Nat.-Bank 267, Deutsche Bank 187¼, 187, Discontogesellschaft 175, Dresdner Bank 167, Metallbank 183, Mitteld. Creditbank 155, Reichsbank 165.

Kassa-Markt: Ausl.: Buderus Eisenwerke 118, Gelsenkirchener 173¾, Harpener 193½—93, Ilse Bergbau 238, Kali 159¾, Kolb Aschersleben 154, dto. Westeregeln 163¾, Klöckenwerke 154, Mannesmannröhren 189¾, Mansfeld. Bergbau 158¾, Phönix 186, Rheinbraun 251, Rheinstahl 219¼, Rhein. Stahl 215¼, A. Riebeckische Montan 182¾, Laurahütte 90¼.

Inl.: Adlerwerke: Adlerw. Kleyer 117½, A. E. G. Stamm 167½, Aschaffbg. Zellstoff 150, Bayerische Feldbahn 121, Daimler Motoren 113—112¾, Deutsche Erdöl Berlin 190, D. Gold- u. Silbers. Scheide 167, Dyckerh. u. Widmann 78½, Elektr. Licht u. Kraft 127, Felten-Guilleaume Carlswerk 184¼, Goldschmidt, Th. 146¾, Hoch- u. Tiefbau 106, Holzmann, Philipp 160, Hydrierwerke Rositz 128, Lahmeyer u. Co. 145¾, Metallges. Frkf. M. 187, Neckarw. Eisen. 111¾, Rütgerswerke 146—145¾—145¾, Schuckert, Siemens 167, Siemens Halske 295¾, Thüringer Gas 156, Gothaer Gas, Ver. chem. Ind. Frkf. 625¼, Wayss u. Freytag 143, Zucker, Frankenthal 91, do. Stuttgart 113.

Amsterdamer Börse

	15. 11.	12. 11.		15. 11.	12. 11.
4% Kons. Staats 32	100	100	Gesenk. Bell. Pete.	178	178
4% Ost. A. 1914	97	96¾	Kon. Nd. Bel. Pete.	257	257
4% v. 1890/91	94¾	94¾	Amsterdam Rubber	3¾	3¾
Nd. Rentel 81	155	155	Bol. Amer. Ldnie.	64	64
Nd. Rente 1914	73	73	Deutsche Bank	165½	165½
Philips Gloeilamp.	343	345	(Bell Staatsanl.)	425	429

Geldsorten und Banknoten. Berlin, 15. Nov. Kurse für 1 Pfd., 1 Dollar, 1 Pap.-Peso, 1 Milreis, 100 000 poln. Mk.; Preise je 100 Einheiten:

	Geld	Brief		Geld	Brief
Sovereigns	—	—	Rumänische	—	—
20 Fr. Stücke	—	—	do. unz. 500	—	—
Holländ. Noten	1,625	1,645	Tschechoslow. Kron.	112,35	112,65
Engl. Noten	20,50	20,50	Schweizer	80,55	81,25
Dollarnoten	4,19	4,21	Spanische	73,05	73,65
Kanadische Noten	3,98	4,02	Tschech. Noten	—	—
Skandinavische Noten	112,25	112,75	Noten, ge. St.	12,425	12,475
Engl. Noten, gr. St.	20,362	20,462	do. kl. St.	12,425	12,485
do. kl. St.	20,362	20,462	Noten, ge. St.	12,425	12,475
Französische Noten	16,55	16,61	Jugoslawische	7,37	7,43
Belgische Noten	15,65	15,75	do. kl. St.	—	—
Italienische	167,81	168,72	Argentin. Noten	1,683	1,703
Schweizer Noten	80,55	81,25	Brasilianische	0,548	0,552
Norwegische	105,14	105,66	Türken	—	—
Dänische Noten	112,25	112,75	Kanada-Noten	—	—
Danziger	81,25	81,65			

Ostdevisen. Berlin, 15. November. Freiverkehr. Kurse für 100 Einheiten:

Auszahlung	G	B		G	B
Warschau	46,43	46,67	Danzig	81,25	81,65
Kattowitz	1,625	1,645	Polnische Noten	46,46	46,94
Zürich	80,80	81,20	Prag	12,37	12,43
Wien	41,795	42,005	Lettische	80,55	81,25
Budapest	—	—	Litauische	41,91	42,19
Kattowitz	46,405	46,545	Litauische	—	—

Danzig. 15. 11. Scheck London 4,6613 — 4,6813 — 4,6513 — 4,6713 — 4,6513 — 4,6713 — 4,6513 — 4,6713

16. November 1926 **Deutsche Allgemeine Zeitung** Nr. 536 Beiblatt

Die Arbeiten der Deutschen Akademie 1926/27

Von **Dr. Franz Thierfelder**, München

Die erste Hauptversammlung der Deutschen Akademie in Köln hat erkennen lassen, daß der Gedanke der wissenschaftlichen Pflege und Erforschung des Deutschtums in der kurzen Zeit des Bestehens der Deutschen Akademie kräftvoll Wurzeln geschlagen hat. Die Ueberzeugung, daß die Gründung einer überparteilichen Organisation des Deutschtums, in der allmählich alle gleichgerichteten Bestrebungen zusammengefaßt werden, eine dringende Notwendigkeit war, ist Allgemeingut geworden, und nach dem ersten Tasten und Vorstoßen auf den verschiedenen Gebieten der Kulturpflege beginnen sich immer deutlicher bestimmte Aufgaben abzuheben, die der Deutschen Akademie vorbehalten sind und bei deren Erfüllung sie der Mitarbeit aller für ihre Bestrebungen tätigen Kreise gewiß sein darf.

Dies kam namentlich in den Beratungen der wissenschaftlichen Abteilung offenbar, die einen wesentlichen Teil der Kölner Tagung ausfüllten. Während sich die Deutsche Akademie im vergangenen Jahre zunächst auf die finanzielle Förderung wissenschaftlicher Unternehmungen und Institute im Auslande und auf tätige Unterstützung wissenschaftlicher Gesamtausgaben der Werke Rankes, Webers, Jean Pauls und Stifts beschränkte, hatte sie doch auch schon im kleineren Umfange eigene Arbeiten in Angriff genommen, unter denen die Sammlung deutscher (zumeist altbayerischer) Volkslieder auf Schallwalzen die bedeutendste war und auch in weiteren Kreisen bekannt geworden ist.

Selbständige Arbeiten zu leisten soll jedoch, wie der Präsident der wissenschaftlichen Abteilung, Geh. Rat Prof. Dr. Hermann Cohen, in Köln ausführte, künftig in weit höherem Maße der Eigenarbeit der Deutschen Akademie sein, und die Pläne, die zum Teil in dieser Richtung bereits feste Gestalt angenommen haben, dürften auf die Mitarbeit der Deutschen Akademie sein, und die Pläne, die zum Teil in dieser Richtung bereits feste Gestalt angenommen haben, dürften auf die lebhafteste Anteilnahme des ganzen deutschen Volkes rechnen. Vor allem ist da der Vorschlag zu nennen, als Ergänzung zu der Allgemeinen Deutschen Biographie eine Biographie des gesamten Auslandsdeutschtums zu schaffen. Auf diesem Gebiete hat Deutschland längst Versäumnis nachzuholen, und gerade eine liebevolle Verlenkung in das Leben und Wirken unserer führenden Volksgenossen im Auslande wird dazu beitragen, die Bande zwischen diesseits und jenseits der Grenzen fester zu gestalten. Wie wichtig es ist, daß eine solche Arbeit möglichst bald in Angriff genommen wird, erhellt ein Blick auf die Lage des Baltentums, das durch die furchtbare Katastrophe der Revolution zerrissen und in alle Winde zerstreut worden ist; hier die mündliche Ueberlieferung des älteren Geschlechts noch so viel wie möglich auszunützen, ist dringend nötig.

Neben diesem umfassenden Werke, dessen Durchführung im wesentlichen von der Menge der zur Verfügung stehenden Mittel abhängig ist, ist auch an eine Reihe von Einzelbearbeitungen herbvorragender Auslandsdeutscher gedacht, die in einer billigen volkstümlichen Ausgabe für breitere Schichten im In- und Auslande bestimmt ist. Eine zusammenhängende mit diesem Plane schweben auch Erörterungen zwischen der Deutschen Akademie und der Münchener historischen Kommission über eine evtl. Weiterführung und Ergänzung der Allgemeinen Deutschen Biographie, jenes gewaltigen Bibliotheckwerkes, das eine Gesamtdarstellung des Lebens und Wirkens unserer geistes-wissenschaftlichen Führer in der Vergangenheit enthält. Es ist dabei die Herstellung einer kleineren mehrbändigen Ausgabe geplant, die für den gebildeten Laien erschwinglich ist und auch die Gebiete des Handels, der Wirtschaft und der Technik berücksichtigt.

Einen breiten Raum in den Kölner Beratungen nahm der Vorschlag ein, eine Deutsche Bibliothek zu schaffen, die in lückenlos fortlaufenden Einzelbearbeitungen auf breiter wissenschaftlicher Grundlage die wichtigsten Aeußerungen unseres Volkstums auf allen Gebieten des geistigen und sittlichen Lebens behandeln und darüber hinaus einen Ausblick auf die Spuren gibt, die deutscher Geist und deutsche Art in der Menschheitsentwicklung ursächlich haben. Eine derartige Bücherei, die womöglich auch in Ueberlegungen anderen Völkern zugänglich gemacht werden kann, wird in hohem Maße dazu beitragen, den Wert unseres Volkes jedem eindringlich vor Augen zu führen, und wäre eine wunderbare, sachliche Zusammenfassung aller maßlosen Verleumdungen vergangener Jahre. Diesem Gedanken soll auch die Ausscheidung einer Preisarbeit dienen für die Münchener Förderer in hochherziger Weise einen sehr namhaften Betrag zur Verfügung gestellt haben.

Eine weitere Arbeit, die den praktischen Bedürfnissen des Tages in ganz besonderem Maße entgegenkommt, ist die Zusammenstellung und Veröffentlichung eines Verzeichnisses der deutschen Ortsnamen außerhalb des Reiches. Es ist bekannt, daß in einem Teile unserer nach dem Kriege verlorengegangenen Gebiete, aber auch in Belgien, die sich seit Jahrhunderten fern vom Reiche einer eigenen selbständigen Kultur erfreuten, deutschfeindlicher Chauvinismus jede äußere Spur deutschen Kulturwirkens auszulöschen versucht und besonders den Gebrauch deutscher Ortsnamen mit allen Mitteln unterdrückt. Es ist von unabsehbarer Bedeutung, daß diesem Bestreben von seiten des Reiches nicht dadurch Vorschub geleistet wird, daß sich Reichsdeutsche der künstlich geschaffenen Namen bedienen und so ihre Einbürgerung erleichtern. Die Presse und die Behörden kennen sich vielfach in den einzelnen Bezeichnungen kaum mehr aus, und das Bedürfnis, ein Nachschlagewerk zu besitzen, das in jedem Falle zuverlässigen Aufschluß gibt, ist unbestritten. Hier wird die Deutsche Akademie sehr bald eingreifen und dabei auch den wirtschaftlichen Interessen unseres Volkes Rechnung tragen, indem sie gleichzeitig eine Zusammenstellung der politischen und sonstigen Bestimmungen bringt, die für die Anwendung von Ortsnamen bei Adressen und im amtlichen Verkehr von Wichtigkeit sein dürfte.

Auch die Frage der Verwendung von Fraktur und Antiqua im Hinblick auf ihre kulturpolitische Bedeutung wird in Kreisen eingehend besprochen. Diese Streitfrage, bei der jede Partei sehr gewichtige Gründe für ihre Deutsche Akademie sehr bald eingreifen und dabei auch den wirtschaftlichen Interessen unseres Volkes Rechnung tragen, indem sie gleichzeitig eine Zusammenfass

Sport

Südschweden — Brandenburg

Das Herbsterzeugnis im Fußballerlager bildet das obige mit Spannung erwartete Spiel am Bußtag auf dem Hertha-Platz am Bahnhof Gesundbrunnen. Vor zwei Jahren, die Schweden waren auf der Heimreise von der Pariser Olympiade, hatten wir Berliner zum ersten Male Gelegenheit, schwedische Fußballkunst zu bewundern. Das Spiel endete damals 1:1 und wird jedem Zuschauer als einer der schönsten und denkwürdigsten Kämpfe noch heute in lieber Erinnerung sein.

Die Schweden traten in Oesterreich und Ungarn gegen die dortigen Ländermannschaften an. Sehr interessant ist die Bedeutung der Schweden in der Wiener Presse, nachdem der Länderkampf mit 8:1 zu Gunsten Ungarns ausging. In einem Bericht heißt es:

„Dem österreichischen Team ist den große Wurf gelungen. Es konnte die schwedische Mannschaft, die als Favoritin ins Rennen ging, nach grandiosem Kampf sicher obsiegen. In der ersten Spielhälfte sahen die Situationen für die Oesterreicher keineswegs rosig aus, denn die Schweden dominierten geitweise, und ihre Angriffe wurden derart blitzschnell durchgeführt, daß die einheimische Verteidigung manchmal außer Rand und Band geriet. Erst in der zweiten Hälfte, als sich bei den Gästen die Reisestrapazen bemerkbar machten, ging es besser."

Auf die gleiche Zonart, wie die oben angeführten Auszüge, ist die Beurteilung der Presse allgemein eingestellt. Aus all dem erkennen mir aller Deutlichkeit, daß die Schweden in jeder Hinsicht den hochgespannten Erwartungen entsprochen haben, die man an ihr Auftreten knüpfte. Seit der Pariser Olympiade, wo Schweden nur durch Pech mit 0:1 gegen den Europameister, die Schweiz, verlor, hat das Können der Nordländer überall erhöhte Achtung gefunden. Von den 18 Länderkämpfen, die Schweden seither ausgetragen hat, gingen nur drei verloren. In aller Erinnerung ist noch das unerschiedene 3:3-Ergebnis gegen Deutschland im Juni dieses Jahres, wobei die Schweden noch nicht einmal ihre allerstärkste Verkretung geschickt hatten. Ganz besondere Beachtung verdient aber der dreimalige Sieg der Göteborger Vereine, die die Kernkruppe der Mannschaft bilden, über die berühmte Berufsspielerelf Alton Villers im Mai dieses Jahres.

Die Aufstellung der Schweden wird mit unwesentlichen Aenderungen wohl die gleiche sein wie gegen Oesterreich. Der Innensturm mit dem „schwarzen Philipp" in der Mitte ist wegen seiner blitzschnellen Schüsse besonders gefürchtet. Lindberg hat schon lange den Rief, der wirkliche Jaworo zu sein. Ihm ist fast nur mit Ueberraschungsschüssen beizukommen.

Ungarn—Schweden 3:1

Auf dem F. T. C.-Platze in Budapest ging vor 35 000 Zuschauern der Fußballkampf Ungarn—Schweden vor sich. Auch in diesem Spiel gegen die Schweden, wie vor acht Tagen gegen Oesterreich, mit dem gleichen Resultat von 1:3 den Kürzeren. Die Nordländer zeigten ein äußerst flüssiges Angriffsspiel und waren in der ersten Hälfte häufig überlegen, doch erwies sich das ungarische Verteidigungsstrio als unüberwindlich. Die Angriffe der Ungarn, die sich auf Durchbrüche beschränken, waren schon vor der Pause zweimal von Erfolg gekrönt. In der zweiten Halbzeit gestaltete sich das Bild fast umgekehrt. Hier lagen die Ungarn fast ständig im Angriff, dagegen fielen die Schweden infolge Ueberwindung zurück.

Westdeutschland—Ostpfalz 3:0 (1:0)

Der traditionelle Fußballkampf zwischen den repräsentativen Mannschaften von Westdeutschland und Ostpfalzland fand in Essen vor 8000 Zuschauern statt. Beide Mannschaften lieferten auf schlüpfrigem Platze bei trockenem Wetter ein interessantes Spiel, das Westdeutschland etwas zu hoch gewann. Der Sieg war jedoch verdient. Die Holländer spielten mit einem Ersatzmann an Stelle des Mittelläufers, der sich leidlich bewährte. Die Ueberlegenheit des Westens ist der Läuferreihe zu verdanken, die der beste Mannschaftsteil war.

Fußball im Reiche

Süddeutschland: Die sonntäglichen Meisterschaftsspiele blieben ohne größeren Ueberraschungen verschont. Wenig erwartet kommt allerdings die Niederlage von 1:3 des Fußballsportvereins Mainz, des Spitzenreiters im Bezirk Rheinhessen-Saar, durch einen so schwachen Gegner wie Hessen-Bingen. Im Bezirk Bayern liegt der Nürnberger Club jetzt mit sieben Punkten Vorsprung klar an der Spitze. Die Ergebnisse: Wacker-Nürnberg—F. C. Fürth 3:0, F. C. St. Nürnberg—1. F. C. Nürnberg 1:2, Schwaben-Augsburg—Bayern-München 1:2, Spielvereinigung Fürth—1860 München 2:1.

Norddeutschland: Die schlechten Bodenverhältnisse zwangen zum Abbruch mancher Spiele. Hamburg: Viktoria—Polizei 4:2, Hamburger S. V.—Wandsbek 5:0, St. Pauli Sport—Ottensen 5:1, Union—Rotenburgsort 1:1, Barmbek-Uhlenhorst—Concordia 2:1, Sperber—Lübecker S. V. 6:2. Kiel: Kilia—Union-Teutonia 4:2 abg., Borussia—Preußen 4:1.

Am 18. November wieder Cisarena

Noch spurteten Mittwoch abend die Sechstagefahrer der letzten Runde entgegen, als vor dem Sportpalast bereits ein Heer von Zimmerleuten anrückte, und kaum waren die letzten Schwerenöter gefahren, als schon die ersten Radbiete fielen, um die Halbahn abzutragen. Der Morgen sah bereits die Zehnfter am Werke, die das Holzrennfeld in 25 000 laufende Meter — einer ziehen Revision unterzogen. Und nun steht die Arena bereits unter Wasser. Die großen Kältemaschinen sind in Tätigkeit, und am Sonntag wird schon die Eisfläche fertig sein.

So wird man am Eröffnungstage tüchtigen Eislaufern und Eiskünstlern noch ein intensives Vortraining möglich sein. Auch Schlittschuhläufer werden die Zeit nutzen, um mit seinen Eisgerät, seinen Gladiatoren auf dem Eise und anderen Attraktionen die letzten Proben auf dem Eise abzuhalten.

Am Donnerstag, den 18. November abends 8½ Uhr, wird dann, wie mir bereits meldeten, die Cisarena mit einem festlichen Eröffnungsakt des Berliner Schlittschuh-Clubs, zu dem die besten deutschen und kanadischen Amateur-Kunst- und Schnellläufer am Start erscheinen und bei dem die ersten großen internationalen Ulsa-Sport-Artistik „Paris—Berlin" stattfinden, für die kommende Saison der Oeffentlichkeit freigegeben. Der 19. November wird ebenfalls im Zeichen des Amateursports stehen und wiederum einen Eishockey-Wettkampf zwischen dem Berliner Schlittschuh-Club, der anerkannt besten deutschen Mannschaft, und den besten Franzosen, dem Club des Sport d'Hiver, bringen. Am Sonnabend, den 20. November, wird dann das große Programm des Sportpalastes, das neben Phil Taylor, dem berühmten kanadischen Eisläufer, von den besten internationalen Berufs-Eiskünstlern bestritten wird, zum ersten Male zur Vorführung gelangen.

Der Internationale Eishockey-Verband hält seinen diesjährigen Kongreß anläßlich der Europameisterschaften am 24. Januar 1937 in Wien ab.

Hockey im Reiche

Der Hockeykampf zwischen den Mannschaften von Württemberg und Nordbayern in Stuttgart endete unentschieden 1:1, nachdem die Württemberger mit 1:0 bei Halbzeit geführt hatten. — In Hamburg trafen die Mannschaften von Uhlenhorst und Harvestehude zum 54. Male aufeinander. Uhlenhorst siegte mit 2:0. Von den bisherigen Spielen hat Uhlenhorst 32, Harvestehude 11 gewonnen, elf verliefen unentschieden. Das Spiel der beiderseitigen Damen endete 3:0 für Harvestehude. — In Bremen standen Brandenburg-Berlin knapp 3:4 gegen den Club zur Wahr.

Berliner Hockey am Bußtag

Die führenden Berliner Vereine stellen ihre besten Kräfte für die Verbandsmannschaft. So werden ihre Verbandsspiele als Ausgleichstreffen ausgetragen. Werden diese Ligaereine auch ohne ihre besten Spieler gegen die drei spielstärksten Mannschaften zu gewinnen vermögen? Am Mittwoch wird es beantwortet werden. In Friedenau kommen der „Tennis- und Hockey-Club" mit dem Berliner Hockey-Club ein 10", in Dahlem der „Berliner Hockey-Club" mit den „Neukölner Sport-Freunden" und in Schöneberg der „Berliner Sport-Club" mit „Zehlendorf 88" zusammen. Spielbeginn 2 Uhr nachmittags.

In der ersten Klasse lautet das Spielprogramm: W. F. V.—Galenfeer S. C. (Wuhlsmühle), Sp.-Vg. Steglitz—Wilmersdorfer Turnen-Club (Steglitz), Lübecker Turn-Verein—S. C. (Lohmühlenhöhnsen), Borussia-B. B. C. (Spandau), Heim 11 Uhr vorm. Werden die Favoriten V. f. B. und Wilmersdorfer F. C. Berlin bestehen?

Weitere deutsche Gruppe in Oslo

Die internationale Jubiläums-Vorveranstaltung des Oslo Athletik-Klub, die mit dem Sieg des Berliner Halbschwergewichtlers Ritpel über den Schweden Ungvall so verheißungsvoll für die deutschen Farben begonnen hatte, setzte sich auch am zweiten Tage für die Deutschen gut an. Der Schwergewichtler Knöpnadel konnte gegen Ungvall einen interessanten Punktsieg davontragen, im Weltergewicht gewann Schröder gegen einen gleichfalls haushoch nach Punkten gegen Froensbak-Bergen. In einem späteren Kampfe gegen den Italiener Piazza mußte Schröder dagegen eine knappe Punktniederlage hinnehmen. Schröder führte bis auf den letzten Runde, dann zog aber der Italiener vom Leder, und in einem glänzenden Gefecht konnte er bis zum Schluß noch ein knappes Plus an Punkten herausholen.

Berliner Hero's-Boxer enttäuschen in Görlitz

Die Görlitzer Boxsportanhänger erlebten beim Städtekampf Görlitzer Boxklub Hero gegen Berliner Boxklub Hero's leider eine Enttäuschung. Hero's-Berlin waren zum Teil schwache Kämpfer. Es ist bedauerlich, daß die führenden deutschen Vereine nicht einsehen, welche Schaden sie dem Boxsport zufügen, wenn sie mit so schwachen Leuten in die „Provinz" gehen. Im Gesamtergebnis siegte Görlitz mit 8:4 Punkten.

Das New Yorker Sechstagerennen nimmt am 2. Dezember seinen Anfang. Bisher wurden Wambst-Lacquehay, Mac Namara-Bello und Goullet-Giorgetti zu Mannschaften zusammengestellt.

Theater-Spielplan

16. November

Staatsoper (Kroll) (Vorstellung der Kroll-Bühne). (B.-G. 103.) 7,30 Ein Maskenball.

Städt. Oper Charlottbg. Bismarckstr. 34/37 Abonnement-Turnus 4. 7,30 Turandot.

Musikal. Leitung Fritz Zweig; Inszen. Leiung Heinz Tietjen. Dirigent — Wolfgang Kabelrauf; Blut — Lotte Schöne; Timur — Anton Baumann; Altoum — Albert Weik; Kalaf — Carl Martin Oehmann; Ping — Gerhard Pechner; Pang — Hermann Gerhert; Pang — Wilhelm Guenther; Mandarin — Franz Sauer.

Dirigentin: Donnerstag, den 1., 11., n. Sonnabend, den 20. 11. Gastspiel von Jan Kiepura.

18. 11. Rigoletto (Verdi)

20. 11. Tosca (Cavaradossi).

Schauspielhaus (Gendarmenmarkt). 8 Uhr. Schiffer-Theater 8 Soldaten.

Deutsches Theater 8 Weihnachtsmann und Auferstehung.

Kammerspiele 8,15 Der nackte Tiberius.

Die Komödie 8 Die Geschwister.

Theater des Westens 8 Gastspiel „Theater fünstlicher Menschen". (Theater des Pierrot.)

Lessing-Theater Mensch und Uebermensch.

Theater in der Königgrätzer Straße 8 Mrs. Cheneys Ende.

Theater am Kollendorfplatz 8 Frangipiko.

Volksbühne 8 Rastlatzkl.

Theater am Schiffbauerdamm 8 Das Gradmal des unbekannten Soldaten.

Theater am Kurfürstendamm 8 In der Johannisnacht.

Luftspielhaus 8,15 Die Herzogin von Elbo.

Deutsch. Künstlertheater 8 Die Königin.

Trianon-Theater 8 Der Kavalier von Sing-Sing.

11 Nachtvorstellung: Aus der „Komödie". Nur nicht erben!

Metropol-Theater Die große Revue. 8 Wieder Metropol.

Komödienhaus 8 Einbruch.

Kleines Theater 8 Heidenröslein. Revue.

Berliner Theater 8 Mit Amerika.

Theater in der Kommandantenstraße 7,30 Der Gewissenswurm.

Renaissance-Theater 8,15 Das Abrüstungsquartier.

Theater-Theater 8 Der Bibervelz.

Central-Theater 8,15 Ich hab' mein Herz in Heidelberg . . . .

Trianon 8 Der Gedanke.

Neues Theater am Zoo Steinplatz 5871, 6554. Täglich 8 Uhr. Ich hab' Dich lieb. Operette von Rieder, Bernauer, Schwarzwald, Kohbauer, Schrecker, Langenbach. Parkett 1—6 ℳ, Sessel 6 ℳ.

Theat. i. d. Klosterstraße 8 Die spanische Fliege.

Komische Oper 8,15 Kleinrenn.

Schloßpark-Theater Steglitz 8 Fährtenschrift.

Theater in der Josefstadt 8,15 Was Ihr wollt.

Großes Schauspielhaus 4 Sternstreuselmann's Märchenreise. 8,15 Wenn Blumen zu Wunsch.

Hasler-Revue Theater im Admiralspalast 8,15 Ein und aus.

Reffon-Theater 8,45 Die tanzenden Jesuiten. 11,15 Nachtrevue.

Wallner-Theater Täglich 8 Uhr. Sonntag nachm. 3 Uhr: Hofmanns Töchter. Bußtag 8 Uhr: Liebe, n. Mildgand.

Circus Hagenbeck im Circus-Busch-Gebäude Täglich 8 Uhr.

Welche Wonne
nach erquickendem Schlaf
eine Kopfwaschung mit:
Dr. Dralle's
Birkenwasser
Die Kopfnerven werden neu belebt. Man fühlt sich behaglich und geht mit frischen Kräften an das Tagewerk.
Einmal probiert unentbehrlich.
Preis: 2.– 3.50 5.75 10.–

Konzerte

16. November

Philharmonie 8 Konzert mit dem Philharmon. Orchester, Dirig. Prof. Prüwer.

Singakademie 8 Paul Lohmann, Klavierabd.

Beethoven-Saal 8 Myra Mortimer, Liederabend.

Feurich-Saal 8 Walter Rehberg, Klavierabend.

Grotrian-Steinweg-Saal 8 Hilde Wenck, Liederabend.

BECHSTEIN
Pianinos 1950.– Flügel 2950.–
BERLIN W 50 „HAUS AM ZOO"
BECHSTEIN

Bullrich-Magen-Salz.
Nur echt in blauer Packung mit dem Bilde des Erfinders.
100 Jahre am Markt!
gegen jeglichen Verdauungs- und Gichtbeschwerden. Probepackung mit Inhalt Preis 60 Pf. Großpackung mit Gebrauchsanweisung Preis 2 RM. Tabletten 0,35 u. 1,50. Bullrich, Berlin W 30.

Aus neuer Ernte!!!
Preisselbeeren
10-Pfund-Eimer Mit. 6.50 / 25-Pfund-Eimer Mit. 14.— } inkl. Verpackung.
Apfelgelee
10-Pfund-Eimer Mit. 5.50 / 25-Pfund-Eimer Mit. 13.— } inkl. Verpackung.
Heidelbeersaft
pro kg Mk. 1.45 Kostproben von 5, 10 und 20 kg. Korbflasche wird zum Tagespreis berechnet und zurückgenommen. Alles in reinster Beschaffenheit nach Hausmannart mit nur besten Kristallzucker eingekocht. Versand gegen Nachnahme unfrankiert.
Ritter-Gut Gelbensorge,
Post Glambeck Teutoburger Wald.

Winter-Tafel-Aepfel,
nur erstklass Plantagen- und Garten-Obst, Sorte I 25 Wkl., Sorte II 20 Wkl., Wirtschaftsäpfel 12 Wkl. p. Ztr. Reingewicht. Versand p. Nachnahme. Preisliste Verzeichnis p. Geschäftspapier.
Frau Aug. Schmidt, Obstplantage, Rosenthal b. Zittau, Sa.

SCALA Nollendorf 7260
8 Uhr:
VARIETE-NEUHEITEN
Morgen, Bußtag, geschlossen!

Winter Garten Variété 8 Uhr
Rauchen gestattet

CIRCUS CARL HAGENBECK
Busch-Gebäude Norden 840
Täglich 8 Uhr
Der große Hagenbeckspielplan
Morgen Bußtag
nur Marstallbesichtigung ab 10 Uhr
Erwachsene 50 Pfg., Kinder 25 Pfg.

Rennen zu Strausberg
Dienstag, den 16. Novbr., nachm. 1 Uhr

Robert Haberling
Auslandspedition Lagerhäuser
Berlin SW 11 Hafenplatz

Film-Spielplan

16. November

Cinecitta-Palast (Nikolassee) 7 u. 9,15 Der Jäger vom Fall.

U. T. Turmstraße 7 u. 9 Zu Befehl.

Capitol 5,15, 7,15 u. 9,15 Man spielt nicht mit der Liebe.

Ufa-Pavillon (Moabiterplatz) 4, 6,30 u. 9 Gen Gur.

Gloria-Palast 5, 7 u. 9 Der Sportlieblingl.

B. T. C. Potsdamer Straße 88 Fauft. Turmstraße 12 Der Jäger vom Fall. Alexanderplatz-Passage Zu Treue fest. Rheinstraße 14 Kampf der Geschlechter.

Kammerlichtspiele (Potsdamer Platz) 7 u. 9 Fauft.

Marmorhaus 5,15, 7,15 u. 9,15 Peetzb.

U. T. Moabit 7 u. 9 Alles für die Firma.

Ufa-Palast am Zoo 5, 7 u. 9 Die teutsche Gusanne.

U. T. Kurfürstendamm 7 u. 9,15 Der tanzende Tor.

U. T. Kaiserin-Augusta-Allee 7 u. 9 Die Flucht in den Zirkus.

Ufa-Palast (Steglitz) 7 u. 9 Zu Befehl.

Ufa-Palast (Friedenau) 7 u. 9 Der Jäger vom Fall.

Ufa-Palast (Neukölln) 7 u. 9 Zu Befehl.

Ufa-Palast (Lichtenberg) 7 u. 9 Zu Befehl.

Ufa-Palast (Pankow) 7 u. 9 Zu Befehl.

Ufa-Palast (Reinickendorf) 7 u. 9 Zu Befehl.

Ufa-Palast (Tempelhof) 7 u. 9 Zu Befehl